

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 29. September 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
 wöchentlich 2 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechspfeiligen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kontingents-Nr. 1, Nr. 1808.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Bezugs-Einladung.

Parteienoffnen und Parteigenossen!

Mit dem bevorstehenden Vierteljahrswechsel wird auch das politische Leben, obgleich in diesem Sommer niemals gänzlich eingefroren war, sich wieder lebendiger gestalten.

Schon in den nächsten Tagen wird der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Stuttgart abgehalten werden, auf welchem wichtige innere Parteifragen behandelt werden sollen, auf welchen aber auch die Proletarierpartei sich ihre Waffen neu schärfen will zu der Fehde, die der Arbeiterklasse und ihren Grundrechten von seiten der kapitalistischen Reaktion angefangen ist. Bei dieser hervorragenden Bedeutung des Parteitages haben wir Fürsorge getroffen, daß unsere Leser, trotz der weiten Entfernung des Kongressortes, durch einen vollständigen telegraphischen Bericht aufs schnellste und ausführlichste unterrichtet werden.

Auch die preussische Landtagswahl wird noch im Monat Oktober stattfinden. Die Bedeutung dieser Wahl ist unseren Lesern hinlänglich klar gelegt. Ganz abgesehen von den verschiedenen Auffassungen über Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Wahl gilt es nun, auf Grund der Parteitagebeschlüsse und auf Grund der vorliegenden politischen Notwendigkeit den Protest gegen das elendeste aller Wahlsysteme und gegen die Klassenvertretung des preussischen Junkertums in das Volk zu tragen.

Im Laufe des nächsten Vierteljahres wird auch der neu gewählte Reichstag seine Arbeiten wieder aufnehmen und es werden voraussichtlich alsbald die heftigsten Kämpfe zwischen den Volksfeinden und den freiheitlichen Elementen der Volksvertretung beginnen.

Alle diese bevorstehenden Ereignisse werden die Aufmerksamkeit der denkenden Staatsbürger im höchsten Maße in Anspruch nehmen. Da ist auch der geeignete Zeitpunkt gekommen, wiederum neue Leser für den „Vorwärts“ zu gewinnen und mit den Lesern neue Kämpfer für unsere Ideen.

Unser Blatt wird auch in Zukunft seine Pflichten gegenüber der Partei und vorzüglich gegenüber den Berliner Parteigenossen — deren besonderes Eigentum es ist — nach besten Kräften zu erfüllen trachten. Es wird allüberall Kämpfer sein für die wirtschaftlichen und politischen Interessen der arbeitenden Volksklassen, für die Hebung des Proletariats aus Noth und Erniedrigung.

Wir ersuchen deshalb unsere Leser, alle Freunde unseres Kampfes mitwirken zu wollen, daß aus den Behauptungen der proletarischen Frauen die Zeitungen der Bourgeoisie, die Ausbeuterblätter sowie die leichten Blätter des sensationellen Klaffes immer mehr verschwinden und das politische ernste, für die Lebensinteressen des Volkes unentwegt streitende Arbeiterblatt Eingang finde.

Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am 1. Oktober mit der Veröffentlichung eines prachtvollen realistischen Darstellungskunst, mit dem Abdruck des Antwerpener Sozialromans:

„Neu-Karvhago“ von Georges Eckhoud.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungspediteure sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus

für den „Vorwärts“ mit Unterhaltungsbeilage und der illustrierten Sonntagsbeilage

„Die Neue Welt.“

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen zum Preise von

3 Mark 30 Pfennigen

für die Monate Oktober, November, Dezember entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste für 1898 unter Nummer 7576.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Zum 30jährigen Jubiläum der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine.

Auch auf dem Gebiete des Unterstüthungsweesens hat Herr Dr. Max Hirsch schon recht trübe Erfahrungen machen müssen. Schon am 1. Juli 1869 war die Verbands-Invalidentasse, ferner eine Invalidentasse für den Gewerksverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter gegründet worden. Für 10 Pf. Beitrag sollte eine wöchentliche Pension von 6 M. gezahlt werden. Die erste technische Prüfung des Sachverständigen Dr. Jilmer am Schlusse des Jahres 1874 ergab, daß wenn die Verbands-Invalidentasse ihren Verpflichtungen gerecht werden wollte, der Beitrag von 10 auf 15 Pf. pro Woche erhöht werden müsse. Der Verbandstag beschloß dementsprechend; die Folge war ein Massenaustritt der jungen Mitglieder. Um die Kasse zu retten, wurde 1881 die Verlängerung der Karenzzeit auf 15 Jahre beschlossen. Die 1883 angeordnete behördliche Revision der Kasse gab derselben den Todesstoß. Übermaß wurden die Beiträge erhöht; die Mitgliederzahl sank infolge dessen auf 2000. 1889 trat das Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz in Kraft und erfolgte dann am 8. September 1889 die freiwillige Auflösung der Kasse. So endete nach langem Siechtum die Perle der deutschen Gewerkvereine, die Verbands-Invalidentasse.

Wird das Schicksal der jetzt bestehenden Unterstüthungseinrichtungen ein besseres sein? Wenn dieselben nicht nur auf dem Papier stehen sollen, sondern den Mitgliedern ein wirksamer Schutz in den verschiedenen Nothlagen des Lebens geboten werden soll, so steht schon jetzt für jeden unbefangenen Beurtheiler fest, daß ohne wesentliche Erhöhung der Beiträge dieser Zweck nicht erreicht werden kann.

Bei Beiträgen von 10 resp. 15 Pf. pro Woche ist es nicht weiter als eine Vorspiegelung falscher Thatsachen, wenn die Leiter der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine den Arbeitern einzureden suchen, daß diese Vereine ihnen eine auch nur den bescheidensten Ansprüchen genügende Reise-, Streik-, Gemahregelten-, Arbeitslosen- und Nothstands-Unterstützung, ferner Rechtschutz und Ueberfiedelungs-Beihilfe gewähren könnten.

Getreu ihrem Prinzip, Arbeitseinstellungen auf alle Weise zu erschweren und zu verkleinern, haben die Gewerkvereine für Streiks bisher nur sehr minimale Beiträge verausgabt. In den meisten Fällen handelte es sich dabei um Streiks, welche von der Gesamtheit der Arbeiter des betreffenden Gewerbes beschlossen worden waren und von welchen sich die kleine Minderzahl der Gewerksvereine nicht gut ausscheiden konnte, ohne den berechtigten Vorwurf des Verraths der Arbeiterinteressen auf sich zu laden. Erklärlicher Weise hat die Sonderhindelei der Gewerkvereine und der von ihnen vertretenen Harmoniestandpunkt auch schon mehrfach dazu geführt, daß dieselben hinter dem Rücken der gesamten im Kampf stehenden Arbeiterklasse mit den Arbeitgeber-Verhandlungen auftrifften, entgegen dem Willen der übrigen Arbeiter mit den Kapitalisten für ihre Mitglieder ein Uebereinkommen trafen und dann die Arbeit wieder aufnahmen. In allen Fällen war dies aber bisher schon nicht möglich und wird in Zukunft noch weniger möglich sein, je mehr die wirtschaftlichen Kämpfe durch die Progenität der Kapitalisten an Schärfe, Ausdehnung und Dauer zunehmen werden. Zeigen uns doch schon die beiden letzten Jahre eine wesentliche Steigerung der Ausgaben für Streiks bei den Gewerkvereinen. Während in den Jahren 1892, 1893 und 1894 zusammen nur 2710 M. für Streiks verausgabt worden waren, wurden im Jahre 1895 dafür schon 3710 M., im Jahre 1896 sogar 8214 M. und im Jahre 1897 6000 M. verausgabt. Das sind allerdings nur ganz minimale Beträge im Vergleich zu den Streikausgaben der Gewerkschaften, aber auch für die Mitglieder der Gewerkvereine wird trotz ihrer Harmoniebedenke der Friede nicht ewig gesichert sein. Die Führer dürften allerdings alles aufbieten, einen ewigen Kampf mit den Kapitalisten zu vermeiden, um nicht den Akt abzusagen, auf dem sie selber sitzen. Aber — mit des Geschicks Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen, noch weniger mit profitierendem Kapitalisten. Und wenn man einmal ein solcher ewiger Kampf kommt, wie weit werden dann die Gewerkvereine mit ihren Kassenbeständen reichen?

Ein Kassenbestand von 741 257 M., wie ihn Dr. Max Hirsch Ende 1895 für die Gewerkvereine angiebt, mag ja Feuten, deren Taschen leer sind und die keine Erfahrung auf wirtschaftlichem Gebiete haben, gewaltig imponiren; aber wie viel würde von demselben übrig bleiben, wenn einmal der hauptsächlichste der Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, der der Metallarbeiter, einen ewigen Kampf mit dem Kapital zu bestehen hätte?

Kommen wird dieser Kampf früher oder später, trotz der Protektion einiger „gleichberechtigter Bundesgenossen“!!! wie Dr. Max Hirsch die Arbeitgeber kürzlich titulirte. Die unerlöbliche Logik der Thatsachen wird die in den Gewerkvereinen organisirten Arbeiter in den Klassen- und Interessenkampf hineintreiben.

Und wenn nun das Vermögen der Gewerkvereine durch den Kampf wesentlich zusammengebrochen, wenn nicht gar ganz aufgezehrt ist, wenn dann eine große Zahl Gemahregelte zu unterstützen sind, was verschlagen dann Beiträge von 10 resp. 15 Pf. die Woche? Veranschlagt doch die Organisation der Wuchrer nach dem großen Streik im Jahre 1892 bei 10 000 Mitgliedern allein an Gemahregelten-Unterstützung 218 041,68 M., an Reise-Unterstützung 121 164,67 M., an Arbeitslosen-Unterstützung 235 528,40 M. Insgesamt betragen in jenem Jahre die Ausgaben nahezu 40 M. pro Mitglied.

Diese eine Thatsache lehrt, daß die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine bei ihren niedrigen Beiträgen ganz außer Stande sind, den Mitgliedern in abnormen Zeiten den Schutz zu gewähren, den ihnen ihre Führer großsprecherisch versprechen.

Aber auch mit dem Schutz der Mitglieder in Nothfällen in normalen Zeiten sieht es äußerst windig aus. Verfasser dieses hat sich hierüber eingehend geäußert in Nr. 34 der „Neuen Zeit“. Hier sei nur kurz darauf hingewiesen, daß die Karenzzeit in den Gewerkvereinen durchweg sehr lang ist — bei 2 Gewerkvereinen beträgt dieselbe bez. Auszahlung von Arbeitslosen-Unterstützung sogar 6 Jahre; bez. den normirten Unterstüthungssätze im Vergleich zu denjenigen der Gewerkschaften äußerst minimal sind; daß aber vor allem in den Gewerkvereinen in der sogenannten todtten Saison keine Unterstüthung gezahlt wird.

Hieraus erklären sich dann auch die verhältnismäßig geringen Summen, die die Gewerkvereine für Unterstüthung verausgaben.

Nach der von Herrn Dr. Max Hirsch veröffentlichten Uebersicht über ausgezahlte Unterstüthungen wurden von den Gewerkvereinen insgesamt verausgabt:

	1896	1897
An Reise-Unterstützung	12 693	14 273
Ueberfiedelungs-Beihilfe	12 132	13 099
Arbeitslosen- u. Streik- und Gemahregelten-Unterstützung	45 268	47 938
Unterstützung in besonderen Nothfällen	8 154	12 818
Zusammen	78 247	88 128
Die Mitgliederzahl betrug	71 760	79 553

Mit hin wurden pro Mitglied an Unterstüthungen verausgabt M. 1.09 1.11

Dagegen verausgaben die 12 Gewerkschaften, welche Arbeitslosen-Unterstützung zahlen:

	1896	1897
An Reise-Unterstützung	183 831	174 310
Arbeitslosen-Unterstützung	241 564	243 223
Gemahregelten-Unterstützung	14 574	6 555
Streik-Unterstützung	220 831	151 383
Unterstützung in besonderen Nothfällen	37 558	44 129
Zusammen	698 358	619 602
Die Mitgliederzahl betrug	61 207	66 828

Mit hin Unterstüthung pro Mitglied M. 11.41 9.27

Im Durchschnitt berechnet zahlten die betreffenden Gewerkschaften in den Jahren 1892, 1893, 1894, 1895 und 1896 ihren Mitgliedern mehr als 11 mal soviel Unterstüthung als die Gewerkvereine.

Die Kassenbestände der betreffenden Gewerkschaften betragen zusammen Ende 1897 2 152 151 M. oder 32,20 M. pro Kopf.

Das Vermögen der Gewerkschaften, welche Arbeitslosen-Unterstützung zahlen, ist demnach 3 mal so groß, als das der Gewerkvereine.

Um dem Einwand zu begegnen, diese 12 Gewerkschaften bildeten eine Ausnahme, seien nachstehend die ausgezahlten Unterstüthungen sämmtlicher Gewerkschaften angeführt:

	1896	1897
Reise-Unterstützung	310 000	280 086
Arbeitslosen-Unterstützung	243 202	260 316
Streik-Unterstützung	944 372	881 758
Gemahregelten-Unterstützung	37 347	30 973
Unterstützung in besonderen Nothfällen	53 838	64 906
Zusammen	1 598 759	1 526 080
Die Mitgliederzahl betrug	328 830	404 567
Mit hin pro Mitglied	M. 4.83	3.77

Nehmen wir den Durchschnitt von 1892—97 inkl. — also für 6 Jahre — so ergibt sich folgendes:

Die Gewerkvereine zahlten pro Jahr und pro Mitglied an Unterstüthungen 1,06 M. — die Gewerkschaften dagegen 4,06 M. — also nahezu 4 mal soviel.

Und nun noch ein letzter Vergleich, der mehr noch als die vorstehenden die völlige Unzulänglichkeit der Unterstüthungseinrichtungen in den Gewerkvereinen zeigt.

Die Arbeitslosen-Unterstützung zahlenden Gewerkvereine in Vergleich gebracht mit den Gewerkschaften, welche keine Arbeitslosen-Unterstützung zahlen, ergibt folgendes überraschende Resultat:

	1896	1897
Zahl der Mitglieder	890 401	907 387
Mit hin pro Mitglied	M. 2.84	2.69

Die Gewerkvereine zahlten in diesen beiden Jahren durchschnittlich 1,10 M. pro Kopf, die betr. Gewerkschaften 3,02 M., also — trotz alledem, daß sie keine Arbeitslosen-Unterstützung ihren Mitgliedern gewährten, dennoch 2 1/2 mal soviel, wie die Gewerkvereine. Der Durchschnitt für die 6 Jahre 1892—97 ergibt für die Gewerkvereine 1,06 M., für die Gewerkschaften 2,99 M. — also ungefähr das Doppelte.

Daß trotz dieser Thatsache dennoch fast 80 000 Arbeiter den Gewerkvereinen als Mitglied angehören, zeigt, ein wie gewaltiges Zugmittel selbst die eigens nur auf dem Papier stehende Arbeitslosen-Unterstützung zum Beitritt in die Gewerkschaft ist. Schwerlich läßt sich annehmen, daß die auf Wunsch von Arbeitgebern, welche die Gewerkvereine protegiren, denselben Beigetretenen die Mehrheit bilden.

Die große Mehrzahl sind Arbeiter, welche sich in dem Lohn befinden, durch die Gewerkvereine einen Schutz in den verschiedensten Nothlagen des Lebens zu finden. Von dem Augenblicke an, wo die großen gewerkschaftlichen Zentralverbände den Ausbau des Unterstüthungsweesens ernstlich in die Hand nehmen, Arbeitslosen-Unterstützung einführen, wird den Führern der Gewerkvereine das beste Agitationsmittel für diese entziffen sein. Infolge ihrer numerischen Stärke können und werden die Gewerkschaften weit mehr leisten, als die Gewerkvereine und dieselben bald in den Schatten stellen. Das rapide Vorwärtstreiben der wirtschaftlichen Entwicklung einerseits, sowie andererseits die, unter dem immer schärfer zu Tage tretenden, so drakonischer Unterdrückung all und jeder Emanzipationsbestrebung des arbeitenden Volkes vereinigte Kapitalistenklasse wird das übrige besorgen.

Ein einziges Handeln aller Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet ohne Rücksicht auf Religion und Parteizugehörigkeit, die Bildung starker Organisationen zum Schutz der Arbeiterinteressen wird immer mehr gebieterische Nothwendigkeit. Ueber jeden Harmoniebusel werden auch diejenigen Arbeiter, welche so lange von den Vertretern desselben abseits des großen Befreiungskampfes geführt worden sind, zur kulturnothen Tagesordnung übergehen und diese Tagesordnung heißt: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“

A. von Elm.

Die politische Lage in Oesterreich.

Wien, 28. September.

M. Die politische Lage in Oesterreich — eigentlich ein widerwärtiger Ausdruck. Denn Oesterreich ist ein vollständig unpolitisches Land, das Dorado aller Leute, die das äußerliche Handwerk der Regierung äußerlich zu betreiben haben. Wenn anderswo die Politik etwas ist, an dem alle Bürger theilnehmen, weil sie sich eben dadurch als Staatsbürger fühlen, so ist es bei uns höchstens ein Geschäft, um das sich diejenigen kümmern haben, die dafür bezahlt werden — wie die Chinesen sagen. Und dafür werden bei uns ziemlich reichlich bezahlt die Minister, die Abgeordneten und die Zeitungen. Die Wähler — mit Ausnahme der sozialdemokratischen Arbeiterklasse — kümmern sich aber um alles Andere als um die Politik; sie stehen hinter ihren Abgeordneten, wie diese Herren freisitzig behaupten, aber nur deshalb, weil sie ja doch irgendwo stehen müssen; sie vertrauen ihnen, weil sie andere Sorgen haben als diese dumme Politik.

Es bleibt also nichts übrig, als die angeführten drei Faktoren, aus denen sich unser ganzes politisches Leben zusammensetzt, zu betrachten.

Der Herr Ministerpräsident Graf Thun hat im Sommer bekanntlich den Reichsrath geschlossen, um, wie er verstanden ließ, „erhöhte Aktionsfreiheit zu gewinnen“. Außerordentlich die Fier werden nicht begreifen, wie so die Schließung des Parlaments einer Regierung größere Freiheit schafft. Wir in Oesterreich aber erfreuen uns eines § 14, der die Regierung ermächtigt, besonders dringende Angelegenheiten, die erst aufzustehen, wenn der Reichsrath nicht verjammelt ist, auf eigene Verantwortung vorläufig

zu regeln, vorbehaltlich der nachträglichen parlamentarischen Genehmigung. Nun hat schon das Ministerium Wadeni das finanzielle Auskunftsmitglied gefunden, den Reichstag einfach zu verlagern oder zu schließen, um sich eine frühere parlamentarische Zeit zu schaffen. Auch die Schließung in österreichischer Sprache ist eine Erfindung dieses Ministeriums. Mit dieser Schließung ist die — geschicklich überigens gar nicht ausgesprochene — Folge verbunden, daß alle bisher nicht zu Ende geführte parlamentarische Arbeit einfach befristet wird. Das Mandat des Präsidiums wird für erledigt, die Anträge für aufgelöst, alle nicht erledigten Anträge als nicht eingebracht und endlich — für Sozialdemokraten ein für sehr persönlich berührendes Moment — die Immunität der Abgeordneten als aufgehoben betrachtet.

Man wird es also verstehen, daß hier zu Lande diese politische That des Ministeriums lebhaft besprochen wurde, um so lebhafter, als der erwähnte Kommentator der Regierungsbüchlein ziemlich drohend klang. Wohl sitzt im Ministerium ein „Wächter der Verfassung“, Herr Wärenreiter, aber ein Ministerkabinet macht selbst einen verfassungstreuen Argus schläfrig und brückt ihm die Augen zu. Und nun kamen die wohlinformierten Blätter und fabelten von Staatsstreichplänen der Regierung. Gleichzeitig verriet sich das böse Gewissen aller bürgerlichen Parteien; sie wußten alle von einer Aenderung des Wahlrechtes hinsichtlich der fortwährenden Stimm zu erzählen; die Sozialdemokraten hatten sich trotz ihrer geringen Anzahl im Parlament so bemerkbar gemacht, daß sie auch in diesen Traumbildern eine große Rolle spielten. Aber man hat dem Ministerpräsidenten unredlich, wenn man ihm solche staatsrechtlichste Einfälle zumuthete — denn er hat überhaupt keine Einfälle. Er verhandelte mit dem ungarischen Ministerium über den Ausgleich, weil Baron Banffy sich seinem Paragrafen gegenüber beugen mußte und die Situation auszuweichen verstand. Man wollte nichts über den Inhalt der Abmachungen verlautbaren lassen; aber jetzt sieht es schon fest, daß der Wadenische Ausgleich gemacht werden soll, ein Ausgleich, der den Ungarn in geradezu verböserter Weise alles andieferte, für Oesterreich selbst höchstens eine geringfügige Erhöhung der ungarischen Quote zu den gemeinsamen Kosten bringt, vorausgesetzt, daß die Ungarn sie nachträglich zahlen wollen; aber sie wollen jetzt eben nicht. Sie drohen für den Fall, daß der Ausgleich nicht zustande kommt, mit dem selbständigen Folgegebiet — eine lächerliche Drohung, weil sie dadurch selbst geschädigt würden, aber eine um so wirksamere Drohung, weil der Hof noch andere Selbständigkeiten fürchtet; doch die Ungarn sind so schlau, im geeigneten Moment auch mit einem ungeladenen Revolver zu drohen; sie machen ungarische Politik, bei uns in Oesterreich gibt es nur bössische Politik — zum Unglück wird auch die von den Unfähigen getrieben. Das Zustandekommen des Ausgleichs ist aber auch daran gebunden, daß er verfassungsmäßig erledigt wird. Am hatte Graf Thun verdammt wenig Aussicht auf verfassungsmäßige, das heißt parlamentarische Erledigung; er war der Obstruktion sicher. Den nach § 14 wollten die Ungarn auch nicht ohne weiteres als verfassungsmäßig anerkennen. So einigten sich denn die beiden Ministerien auf folgenden Vorgang. Der österreichische Reichsrath wird einberufen, die Ausgleichsvorlagen ihm unterbreitet, die Quoten-Deputationen, die den beiderseitigen Antheil bestimmen sollen, gewählt; wird der Ausgleich bis zu einem bestimmten Termin — man spricht vom 8. Oktober — nicht erledigt, so werden die Abgeordneten wieder nach Hause geschickt, der Ausgleich wird durch zwei selbständige Geseze — in Ungarn parlamentarisch, in Oesterreich auf Grund des § 14 gemacht. Die Quote, über die sich die gewählten Deputationen natürlich nicht einigen, wird von der Krone festgesetzt — übrigens das einzige Verfassungsmäßige in dem ganzen schändlichen Handel.

Der Plan des Grafen Thun ist also ganz durchsichtig. Er rechnet auf die Obstruktion, um mit dem § 14 fortzuwirken zu können. Er beruft den Reichsrath auf den 26. September ein, weil er fürchtet die parlamentarische Behandlung; Beweis dafür ist schon der lächerlich kurze Endtermin.

In der Presse nahm man diese neueste Wäthe Thun'scher Regierungskunst, die übrigens höchstwahrscheinlich nicht auf seinem Wisse gewachsen ist, ganz verständlich auf. Man schimpfte natürlich auf den Armen, der die Verfassung schützen und die Ordnung der verworrenen Verhältnisse nicht den bürgerlichen Parteien abnehmen, sondern ihnen belassen wollte; aber man wußte kein Mittel, um diesem Streiche zu begegnen. Nur ein Blatt fand die entsprechende Antwort — die „Arbeiter-Zeitung“. Sie setzte auseinander, daß man eben nur die Obstruktion einzustellen brauche, um den Plan zu durchkreuzen. Die Ausgleichsvorlagen müssen herabfallen, um befristet werden zu können; ihre Annahme scheint ausgeschlossen, wenn auch bürgerliche Abgeordnete am Beginn einer Session ihre Wähler nicht zu fürchten pflegen. Aber selbst unter der Voraussetzung einer ganz ungläublichen Klonie der Majoritätsparteien an ihren eigenen Wählern kam ja die erste Verunglückung nicht die befürchtete Annahme bringen; die Vorlagen müssen zuerst an einen Ausschuss gehen, und hier sowie bei der zweiten Lesung hat die Obstruktion vollkommen Zeit und Macht, um mit der alten Kraft einzusetzen.

Diese fast selbstverständliche Abwehr fand in der übrigen Presse eine mehrwürdige Aufnahme. Die Regierungsbüchlein waren zuerst ganz aus dem Häuschen über diese „Schandthat“; als sie aber sahen, daß die Oppositionszeitungen, die zuerst alles verschwiegen hatten, sich immer mehr mit diesem Vorstoß beschäftigten, verhielten sie sich durch ihr Lob zu diskreditieren. Und bisher hat noch kein Blatt gewagt, sich ganz offen, der „Arbeiter-Zeitung“ anzuschließen.

Die Parlamentsparteien haben lange berathen und berathen; es ist aber nichts dabei herausgekommen. Die Wähler fangen freilich an stumm zu werden, aber noch immer siegt der Glaube an die „Führer“. Und die sind selbst froh, geführt zu werden von der kleinen Gruppe der Schönerianer, die in der angenehmen Lage sind, für nichts, was auch gefahren mag, verantwortlich zu sein und an ihrer starren „unbegreiflichen“ Obstruktion festhalten zu können. Vor ihnen zittert die Deutsche Volkspartei, die zu feig ist, um national-schrittlich-sozial zu sein, und sich für zu gebildet hält, um sich ohne weiteres schrittlich-sozial zu nennen; vor ihnen zittert trotz allen großmüthigen Geredes die christlich-soziale Partei, die übrigens das Dunkel der Obstruktion recht gut durchschauen kann, um die Verlogenheit ihres Laus noch scheinbaren Kampfes gegen den Ausgleich zu verdeden. Und die Deutsche Fortschrittspartei ist froh, ihre eigene Gedanklosigkeit mit der „deutschen Gemeinbürgerschaft“ zu verdeden, die sie vor den Schönerianern und gegen diese vor ihren Wählern rechtfertigt.

Für die Sozialdemokratie ist die Situation ganz klar. Sie wird danach trachten, das Ministerium in öffentlicher parlamentarischer Verhandlung zu richten. Graf Thun ist noch über andere Dinge Rechenschaft schuldig, von der ihn die Obstruktion befreien würde; vor allem wird er die Verhängung des Ausnahmezustandes in Galizien vertreten müssen. Die Stärke unserer 14 Abgeordneten liegt in dem Bewußtsein, nicht hinter sich, aber mit sich die ganze Partei zu haben, die allein politische Regsamkeit zeigt. Der heutige Tag bringt mehrere große Volksversammlungen, in denen sich das Volk mit der gegenwärtigen Situation auseinandersetzt; die bürgerlichen Parteien halten das für überflüssig; sie haben an den politischen Kammereisereien ihrer Zeitungen genug.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. September.

Ein neues Grubenunglück in Preußen. Aus Herne in Westfalen meldete das Wolffsche Bureau unterm 28. d. M.:

Heute Mittag um 2 Uhr stieß auf der Zeche „General Blumenthal“ in Schacht III der Förderkorb gegen die Seilseile, sodas die Königsfänge brach und der Förderkorb in die Tiefe stürzte. Wie berichtet wird, sind hierbei 18 bis 20 Mann todt geblieben.

In der leider überreichen Sammlung der Unfallursachen im preussischen Bergbau scheint neben den schlagenden Wetterern nun auch das Verunglücken auf Förderkörben eine hervorragende Rolle spielen zu sollen. So sind am vorigen Sonnabend auf Zeche „Victoria“ bei Castrop in Westfalen 17 Mann, die sich in einem Förderkorbe befanden, durch zu starkes Aufstoßen desselben mehr oder minder verletzt worden. Unglücksfälle, die durch das Ganzen mit den Förderkörben verursacht werden, sind sicher keine Folge elementarer, unabwehrbarer Ereignisse, sondern sie lassen sich zweifellos verhindern, wenn für die Kontrolle in dem erforderlichen Maße gesorgt ist. Jetzt ist das nicht der Fall. Eben deshalb fordert die Bergbevölkerung die Heranziehung praktischer Bergleute zur Inspektion der Gruben.

Wann endlich gedenkt die preussische Regierung ihrer Versicherung, daß für größeren Schutz der Bergleute vor den Gefahren des Betriebes gesorgt werden solle, nachzukommen durch die Erfüllung der genannten so selbstverständlichen Bergarbeiterforderung?

Das deutsch-englische Abkommen. In einem Artikel der letzten Nummer der Londoner „Morningly Review“ werden, wie die „Krausl. Ztg.“ mittheilt, folgende sehr bemerkenswerthe Angaben über das neue Abkommen zwischen England und Deutschland gemacht. Auf Grund gewisser Verhandlungen mit Portugal theilen die beiden Großmächte unter sich ein Recht auf Vorkauf mit Bezug auf alle portugiesischen Kolonien in Afrika. Das Abkommen definiert die territorialen Sphären der beiden vertragsschließenden Mächte in diesen Kolonien, trifft Bestimmungen über die Kauf- und Nachkommen, welche jede Macht zu entrichten haben wird, sobald Portugal die Kolonien aufgibt und regelt eine Menge kleinerer Fragen, die mit der eventuellen Uebertragung der Kolonien an die beiden Mächte verbunden sind. Kurz, Großbritannien und Deutschland sind gemeinsame Erben der Staaten der portugiesischen Krone in Afrika geworden, allein während sie gemeinsam die Uebertragung vorzunehmen, haben sie doch Vorsorge gegen einen Zusammenstoß der Interessen getroffen, wenn die Zeit zur Theilung der Erbschaft kommt. Das erste Ergebnis dieser Abmachung wird die Verpachtung des Delagoababerges an Großbritannien sein. Die Kolonien, um die es sich bei dem Abkommen handelt, sind die Provinzen Mozambique und Lourenço Marques an der Ostküste, Angola, Ambriz, Benguela, Westafrikanisches und Kongo an der Westküste und die kleine aber alte Niederlassung von Guinea an der Nordwestküste Afrikas. Das Ganze macht zusammen 914 000 englische Quadratmeilen aus oder 7 1/2 mal so viel als das Vereinigte Königreich umfaßt.

Wenn diese Mittheilungen der „Morningly Review“ richtig sind, so hat das deutsch-englische Abkommen allerdings, wenn auch noch nicht für den gegenwärtigen Augenblick, so doch für die Zukunft eine große Tragweite.

Ein Urtheil über die Bedeutung des Abkommens für Deutschland läßt sich erst fällen, wenn bekannt wäre, welcher Theil der portugiesischen Kolonien gegebenenfalls an Deutschland fallen soll. Für England wäre die portugiesische Erbschaft jedenfalls sehr werthvoll, denn sie würde den bisher zerstreuten Theil des großen britischen Besitzes in Afrika zusammenhängender gestalten. Wie der „Intern. Korresp.“ mittheilt, erklärte der bekannte Dr. Jamieson, der sich augenblicklich in London aufhält, die neuen Vereinbarungen zwischen Portugal und England hätten die politische Lage in der südlichen Hälfte Afrikas von Grund aus verändert. Er habe den Auftrag, für die von Rhodes begründete Afrikanische Central-Eisenbahn-Gesellschaft und die Afrikanische Central-Telegraphen-Gesellschaft auf Grund der veränderten Verhältnisse neue Pläne aufzustellen. Beide Unternehmungen würden einen ganz überraschenden Aufschwung erhalten, und eine neue Bahnlinie vom Kap nach der Westküste dürfte binnen kurzer Zeit hergestellt werden.

Sozialistische Siege. Einige Wahlen sind sehr bemerkenswerth für die Stimmung der Bevölkerung nach all den gräulichen Verfolgungen und der Zerstörung fast aller Arbeiter-Organisationen. Der Genossenschaft der Eisenbahnarbeiter in Turin war in der Aufstandszeit ein bürgerlicher Verwalter durch die Regierung angezogen worden. Bei der jetzigen Neuwahl durch die Mitglieder siegte die sozialistische Liste mit 207 Stimmen Majorität bei 1547 Wählenden.

Der Genosse Turati und der Republikaner De Andreis, die, wie wir kürzlich mittheilten, bei den Provinzial-Ergänzungswahlen in Savona als Protestkandidaten aufgestellt waren, erhielten beide über je 700 Stimmen. Die geuerische Koalition der Konservativen und Liberalen brachte es auf 1380. Und so wurde gewählt in einer Gegend, die bisher noch keineswegs sozialistisch war. Die italienische Sozialdemokratie ist nicht todt! Trotz alledem und alledem!

Deutsches Reich.

Einberufung des Reichstages. Für die Zeit der Einberufung des Reichstages ist das Tempo bestimmend, in welchem die Vorarbeiten innerhalb des Bundesrathes zur Erledigung gelangen. Voraussichtlich wird der Reichstag in der zweiten Hälfte des November zusammentreten — jedenfalls nicht vor der Wilschre des Kaisers aus Palästina, da dieser ihn persönlich eröffnen will — und es läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß dann schon genügendes Verhandlungsmaterial vorhanden sein wird.

Für den agrarischen Kredit sorgt die preussische Regierung unentwegt weiter. Sollen doch jetzt, wie wir schon berichtet haben, die Mündelgelder in erhöhtem Maße als bisher der Landwirtschaft zugeführt werden. Nach dem „Reichs-Anzeiger“ hat nämlich der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den Landwirtschaftsausschuss, dem landwirtschaftlichen Provinzialverein und den landwirtschaftlichen (ritterlichen) Kreditinstituten die abgeänderten Bestimmungen der Vormundschaftsordnung vom 5. Juni 1875 zur Begünstigung vorgelegt. Nach diesen Bestimmungen sollen in Zukunft die Mündelgelder nicht nur in den in § 1507 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgeschriebenen Papieren angelegt werden können, sondern auch speziell bei Instituten, die für den landwirtschaftlichen Kredit besonders gerichtet sind. Ganz bezweifelhaft ist es, daß namentlich die Anlage von Mündelgeldern bei der bestimmten preussischen Central-Genossenschaftskasse durch die neuen Bestimmungen ermöglicht wird. Daß damit die Central-Genossenschaftskasse mit Betriebskapital gespeist werden soll, die ganze Bestimmung daher im agrarischen Interesse getroffen wurde, liegt klar auf der Hand. Ferner ist bemerkenswerth, daß auch hier, wie bei dem beabsichtigten Hypothekengesetz, ein Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Hypotheken gemacht wird. Für ländliche Hypotheken dürfen Mündelgelder noch bis zum Werthe von zwei Dritteln des gesamten Grundstückwerthes angelegt werden, während bei städtischen Hypotheken nur bis zur Hälfte des Grundstückwerthes gegangen werden darf. Hier liegt wieder eine Bevorzugung des ländlichen Besitzes vor. Auch dieses keine Mittel wird bei den Agrariern so wirken, daß die Regierung keinen Dank erntet, wohl aber die Vertreter des mobilen Kapitals sowie die städtischen Haus-agrarier von neuem mit Unwillen über die fortgesetzten Konzessionen an die Agrarier erfüllt werden.

Der national-soziale Parteitag in Darmstadt beschäftigte sich ferner mit der Frage des Koalitionsrechtes. Es wurde die früher von uns schon abgedruckte Resolution Wendt, die scharf gegen jede Verschleierung des Koalitionsrechtes Stellung nimmt, fast einstimmig angenommen. Mehrere Redner erklärten, nach den neuesten Ereignissen sei es ihnen schwer gemacht, das soziale Kaiserthum den Arbeitern gegenüber zu verteidigen. Farrer Raumann hielt alsdann noch einen ausführlicheren Vortrag über das Thema des sozialen Kaiserthums. Auch er bedauerte die neuere Entwicklung der Dinge, man solle aber doch nicht verzweifeln und glauben, daß

die Zeit kommen werde, in der Kaiserthum und Freiheit einen harmonischen Laut haben! —

Die „National-Zeitung“, die derartige Aeußerungen nicht ohne hinreichenden Grund zu machen pflegt, bemerkt zu einer Zuschrift aus ihrem Leserkreise bezüglich der Dreyfus-Affäre: „Diese Zuschrift gibt einer Ansicht Ausdruck, welche auch in Berlin sehr verbreitet ist: daß auf der deutschen Postkarte in Paris dem Anschein nach in dem Vertrauen zu einem Portier, der obentein bis zum Jahre 1871 und vielleicht auch seither Franzose war, sowie im Vertrauen zu der Verschwiegenheit von Papierkörben erlaublich weit gegangen worden. Ist deutscherseits auch nichts geschehen, was nicht vollkommen berechtigt war und erforderlichenfalls vor jedem Gerichtshofe erwähnt werden darf, scheint es doch, daß Dinge, die ihrer Natur nach immer geheim betrieben werden, zur Kenntniß eines Portiers gelangen und aus Papierkörben erwiesen werden konnten.“

Wieder ein Agrarierwunsch. Auf der seit dem 25. d. M. in Krefeld tagenden Generalversammlung des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen steht auch ein Antrag aus Köln a. Rh. zur Diskussion, der fordert, daß auch ländliche Arbeitgeber wegen Annahme kontraktlicher Arbeiter bestraft würden. In der Verhandlung wurde gesagt, daß 20 pCt. aller landwirtschaftlichen Arbeiter — zum Theil durch Schuld der Arbeitgeber — kontraktbrüchig würden.

Der Wagenmangel im Eisenbahverkehr ist bereits wieder stark hervorgetreten. Die „Krausl. Ztg.“ bemerkt dazu: In der Industrie hält der lebhafteste Geschäftsgang an, sie versorgt sich mit dem ihr nöthigen Brennstoffe, dessen Nachfrage wegen des nahenden Winters steigt, die Schiffahrt ist infolge des durchweg sehr niedrigen Wasserstandes der Flüsse beschränkt, die Aebenernte hat in vielen Orten bereits begonnen. Es ist daher erklärlich, wenn auch in dem jetzigen Herbst die Nachfrage nach Eisenbahnwagen das Angebot übersteigt und nicht überall die gewünschte Anzahl von Wagen gestellt werden kann. Seitens der Eisenbahnverwaltung wird nichts verabsäumt, einem empfindlichen Mangel an Verkehrsmitteln vorzubeugen. Die Centralstelle für Wagenvertheilung in Magdeburg ist ununterbrochen durch Tag und Nacht in Thätigkeit, sie sorgt dafür, daß der Wagenpark der Staatsbahnen in vollem Umfange dem Verkehr dienstbar gemacht wird. Man darf daher erwarten, daß der Wagenmangel auf das thunlich geringste Maß eingeschränkt werden wird.

Schweres Eisenbahn-Unglück. Aus Krossen a. d. Oder wird gemeldet: Heute Vormittag stieß im Rixdorfer Walde bei Zug 104 ein Güterzug mit einem Arbeitszug zusammen. Eine Anzahl Wagen beider Züge wurde durch den Anprall aufeinander geschleudert. Bis jetzt wurde festgestellt, daß drei Personen getödtet wurden; man vermuthet, daß weitere fünf Personen, die vermisst werden, noch unter den Trümmern begraben sind. Der Lokomotivführer und die im ersten Wagen befindlich gewesenen Arbeiter des Arbeitszuges sind schwer, viele andere Personen leicht verletzt. Die Strecke ist gesperrt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Dortmund, 27. September. Die hiesige „Rhein-Weiß. Arb.-Zeitung“ schreibt: Durch die Blätter läuft die Mittheilung, daß ein Anarchist aus Dortmund in Slavonia (Kroatien) unter verdächtigen Umständen verhaftet worden sei. Es heißt, der Verhaftete sei der Sohn des Schlächtermeisters Schriever hier, Wätsche-straße 203. Die Verhaftung sei „gelegentlich eines Auftrages“ erfolgt und man habe bei Schriever in das Hofkutter eingedrungen einen scharfgeschliffenen Dolch, einen geladenen Revolver, 250 scharfe Patronen und zahlreiche Photographien hochgehaltener Persönlichkeiten Oesterreichs gefunden. Soweit die Blättermeldungen. An diesen war uns sofort sonderbar, daß man von dem „Auftrage“ sonst nichts gelesen hat. Wichtig ist aber, wie wir durch Anfrage festgestellt haben, daß die genannte Person in Haft genommen worden ist, und zwar auf Verlegung des Gerichts in Ygram. Schriever zählt noch nicht ganz achtzig Jahre. Er ist sicher nicht Anarchist. Die Meldung gehört jedenfalls in die Rubrik aller der Fügen und Entstellungen, mit denen gegenwärtig für reaktionäre und Ausnahmemaßregeln Stimmung gemacht wird.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Strafammer des Landgerichts Wülhanen in E. verurtheilte am 27. d. M. den nahezu 50jährigen Fabrikarbeiter Eduard Kuttenthal aus Rappoldsdorfer wegen Majestätsbeleidigung, Anstößens „aufdröckerischer Muse“ und groben Unfugs zu einem Jahre drei Monaten Gefängniß und 20 M. Geldstrafe.

Oesterreich.

Wien, 27. September. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Das Exekutivemitee der deutschen Opposition hat mit überwiegender Majorität beschlossen, die erste Lesung der Ausgleichsvorlagen zuzulassen. Dieser Beschluß befaßt jedoch zu keiner Wirksamkeit noch der Zustimmung der einzelnen Parteien der deutschen Opposition.

Dringlichkeitsanträge des sozialdemokratischen Verbandes des österreichischen Abgeordnetenhauses. Folgende Anträge wurden von unseren Genossen eingebracht: Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Die Regierung wird aufgefordert, das Ergebnis der von ihr im August dieses Jahres mit der ungarischen Regierung über den Ausgleich geführten Unterhandlungen dem Hause ungesäumt bekanntzugeben.
2. Das Abgeordnetenhaus spricht seine Ueberzeugung dahin aus, daß die Perfektionierung des Ausgleichs auf Grund des § 14 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141, ein schwerer Verfassungsbruch und der Abschluß des Ausgleichs unter den bisherigen oder gar noch verschlechterten Bedingungen eine Preisgebung der wirtschaftlichen Interessen der österreichischen Völker wäre.

Ferner: Der § 14 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertheilung vom 20. Februar 1861 abgeändert wurde, wird aufgehoben.

In sechs großen Versammlungen haben die Wiener Arbeiter am Montag ihre Meinung über die Aufgaben des Parlaments in der gegenwärtigen kritischen Situation kund, speziell darüber, was es zu thun habe, um die Ausgleichsvorlagen zu Falle zu bringen. Die Versammlungen waren massenhaft besucht, ein Beweis, daß die arbeitende Bevölkerung sich dessen, worum es sich da handelt, klar bewußt und nicht gewillt ist, den Ausgleich so hinzunehmen, wie ihn Graf Thun, Baron Banffy und, wie es scheint, auch die deutsch-bürgerliche Opposition haben möchten.

Genosse Adler streifte in der Massenversammlung, in der er referirte, auch das Verhältnis der Parteien zum Anarchismus. Daß sein Verdrüben in Oesterreich unser Verdienst sei, müsse jeder Wahrscheinliche zugestehen. Wir sind auch die einzigen, die sich ehrlich über anarchische Thaten äußern. Die aber haben kein Recht, die bloß den Einzelnen verdammen, aber den Massenmord, wie er im Kriege, wie er oft gegen streikende Arbeiter, wie er von der Proletariat, wie er jetzt in Italien von den herrschenden Gewalten verübt wird, billigen. Die brutale Gewalt erzeugt die Vergewaltigung, deren Kräfte anarchische Willkür sind, und wir sind die einzigen, die die brutale Gewalt in jeder Form verabscheuen. Weil wir uns ehrlich entrüsten über das, was die kapitalistische Gesellschaft an Massenmorden geübt, darum sind wir auch die einzigen, die ehrlich entrüstet sein können über das, was in Wien geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Graz, 27. September. („Voss. Ztg.“) Auch im zweiten Wahl-Werper siegten bei den Gemeinderatswahlen die 10 deutsch-nationalen Kandidaten. Die christlich-soziale Regierungspartei erlitt eine vollständige Niederlage.

Leipzig, 28. September. („Voss. Zig.“) Das hiesige *Klerikale* hat meldet aus Szeged in Ungarn: Der polnische Abgeordnete *Stojalowski*, der hier ein panslawistisches Blatt herausgibt, wurde mit seinen Druckerbediensteten verhaftet. Die Gendarmen brachten ihn nach *Arzentsch*. Während der Fahrt entkam *Stojalowski* aus dem Eisenbahnwagen. Obwohl der Zug sofort zum Stehen gebracht wurde, konnte *Stojalowski* nicht mehr aufgefunden werden. —

Schweiz.

Ueber die Delegirten-Versammlung der äusseren Linken und des Gräulibereins, die am Sonntag in Luzern stattfand, wird uns von dort berichtet: Die heute Vormittag im Hotel Union abgehaltene Versammlung der äusseren Linken war aus 23 Kantonen durch 227 Anwesende vertreten, wovon die große Mehrzahl bekannte Sozialdemokraten waren. *Scherer*, *St. Gallen*, referirte in kurzer und bündiger Rede über die Volkswahl des Bundesrathes und die Proportionalwahl des Nationalrathes. An das heftig aufgenommenen Referat schloß sich eine lebhaft Diskussion, in der u. a. *Dr. Wettstein*, *Jülich*, *Dr. Bräulein*, *Bern*, *Greulich*, *Fauquaz*, *Lausanne*, *Nationalrath*, *Scherer*, *Fällemann* in *St. Gallen*, *Dr. Wenz*, *Winterthur*, *Seidel*, *Albisser*, *Luzern* und *Paschaud*, *Lausanne* das Wort nahmen. Es fiel manches scharfe, kritische Wort gegen den Bundesrath, namentlich wegen der Auslieferung der Italiener. Insbesondere *Dr. Bräulein* meinte, die Zeit für die Initiative betreffend die Volkswahl des Bundesrathes sei überaus günstig, denn nie sei derselbe unpopulärer und unbedeutender gewesen, nie mehr Fehler gemacht worden, als heute.

Es wurde sodann mit allen gegen 6 Stimmen beschlossen, beide Initiativbegehren gleichzeitig an die Hand zu nehmen, und den *Vöslers* Sozialdemokraten der Auftrag erteilt zur Bestellung eines Aktionskomitees, das die Initiativbewegung einleitet und durchführt. — Die beiden Initiativbegehren lauten:

Volkswahl-Initiativbegehren betreffend Wahl des Nationalrathes nach dem Grundsatz der Proportionalität.

Art. 73 der Bundesverfassung ist aufgehoben und wird durch folgenden Artikel ersetzt:
Die Wahlen für den Nationalrath sind direkte. Sie finden nach dem Grundsatz der Proportionalität statt, wobei jeder Kanton und jeder Halbkanton einen Wahlkreis bildet.
Die Bundesgesetzgebung trifft über die Ausführung dieses Grundgesetzes die näheren Bestimmungen.

Volkswahl-Initiativbegehren betreffend Wahl des Bundesrathes durch das Volk.

Die Art. 95, 96, 100 und 108 der Bundesverfassung sind aufgehoben. An ihre Stelle treten folgende Artikel:
Art. 95. Die oberste vollziehende und leitende Behörde der Eidgenossenschaft ist ein Bundesrath, welcher aus neun Mitgliedern besteht.
Art. 96. Die Mitglieder des Bundesrathes werden von den stimmberechtigten Schweizerbürgern jeweils am Tage der Nationalwahlen auf die Dauer von drei Jahren mit Amtsantritt auf den folgenden ersten Januar gewählt.
Die Wahl geschieht in einem die ganze Schweiz umfassenden Wahlkreis. Derselbe vollzieht sich in den politischen Gemeinden nach den für die Nationalrathswahlen aufgestellten Vorschriften. Es sollen jedoch nur zwei Wahlgänge stattfinden, von welchen auch der zweite frei ist. Im ersten Wahlgang entscheidet das absolute, im zweiten das relative Mehr.
Wahlfähig ist jeder in den Nationalrath wählbare Schweizerbürger. Es darf jedoch nicht mehr als ein Mitglied aus dem nämlichen Kanton gewählt werden und müssen wenigstens zwei Mitglieder der romanischen Schweiz angehören.
Die während einer Amtsdauer ledig gewordenen Stellen sind, wenn nicht die Gesamterneuerung innerhalb 6 Monaten bevorsteht, für den Rest der Amtsdauer sofort wieder zu besetzen.
Art. 100. Im gültig verhandelten zu können, müssen mindestens 5 Mitglieder des Bundesrathes anwesend sein.
Art. 103. Ueber die Organisation der Bundesverwaltung wird die Gesetzgebung das Nähere bestimmen. Bis zum Erlaß eines Gesetzes werden die Geschäfte des Bundesrathes nach Departementen unter die einzelnen Mitglieder vertheilt und geht der jeweilige Entscheid vom Bundesrath als Behörde aus.

Zu Art. 85, Ziffer 4 der Bundesverfassung fällt der Passus „Wahl des Bundesrathes“ weg.

1. Es sei zur Durchführung der beiden Initiativen an einem durch die Vertrauensmänner-Versammlung zu bezeichnenden Orte ein Spezialkomitee zu wählen. Die Vertrauensmänner-Versammlung wählt, wie bisher, ein erweitertes Komitee, das vom Spezialkomitee nöthigenfalls beigezogen und einberufen werden kann.

2. Das Spezialkomitee wird die nöthigen Finanzmittel für die Durchführung der Initiativen beschaffen. Es eröffnet eine Rechnung von Beiträgen unter den Vertrauensmännern und durch deren Vermittlung. Es übernehmen die Kassen der Vereinskassenverbände, welche an der Initiativbewegung theilnehmen, den Rest der Kosten pro rata ihrer Mitgliederzahl.

3. Dem Spezialkomitee wird der Auftrag erteilt, mit Verbänden und Vereinen, die in Luzern allfällig nicht vertreten sind, und ebenso mit anderen Parteien, welche dem einen oder anderen Initiativbegehren günstig gesinnt sind, in geeigneter Beziehung zu treten und dieselben zur Mitwirkung zu gewinnen.

Wegen vorgerückter Zeit wurde auf die nähere Behandlung des Punktes Abschaffung der politischen Polizei verzichtet.
Eine beantragte Resolution, in der jede Gemeinschaft der Sozialdemokraten und Demokraten mit den Anarchisten unter schärfster Verurtheilung der terroristischen Propaganda der That abgelehnt wurde, gelangte nicht zur Abstimmung, da *Dr. Wettstein*, Redakteur der „*Zürcher Post*“, ausführte, daß eine solche Erklärung angesichts der Thatfache, daß das Schweizervolk weiß, daß sie mit den Anarchisten nichts gemein haben, überflüssig sei. —

Am Nachmittag und am Montag tagte ebenfalls in Luzern die Delegirtenversammlung des schweizerischen Gräulibereins. Sie war von 118 Delegirten aus 92 Sektionen besetzt. Die Verhandlungen beschränkten sich zum größten Theile auf innere Vereinsangelegenheiten. Erwähnenswerth sind folgende Beschlüsse: Es soll im Laufe des nächsten Sommers in Gräulibereins und event. auch im Gewerkschaftsbund eine Erhebung stattfinden, um positives Material für das Verlangen betreffend Revision des *Fabrikgesetzes* zu erhalten; es soll ein Zeitfaden für die Thätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswezens verfaßt und gedruckt werden; die bezüglich größerer Garantien der Vereins- und Pressefreiheit nach Annahme der Reichseinheit eine juristische Spezialkommission eingesetzt werden, welche eine Eingabe an die Bundesbehörde auszuarbeiten und einzureichen hat. Nach einem Referat von *Seidel* über das staatl. Getreidemonopol wurde die von ihm beantragte Resolution, die sich für dasselbe erklärt, angenommen, zugleich aber wird in derselben erklärt, daß die Initiative dafür erst ergriffen werden soll, wenn die aktuelleren Fragen (andere Initiativbegehren, Kranken- und Unfallversicherung etc.) erledigt sein werden. —

Frankreich.

Paris, 27. September. (Zig. Ver.) Die politisch-juristische Gangangeburt der Revision ist nun doch endlich gekommen. Das Attentat gegen *Picquart*, der letzte und freche Schachzug des Generalstabes, hat nur insofern gewirkt, als die Revisionskommission am Justizministerium sich in zwei gleiche Theile spaltete und dadurch den anglicanischen Justizminister *Sarrailh* auf seinen früheren, aus dem *Dreyfus*-Fallen geschöpften Entschluß zurückkommen ließ, trotz des bloß beratenden Charakters der Kommission. Das Ministerium aber, oder wenigstens die Mehrheit der Minister hat

sich nicht ins *Bodshorn* jagen lassen. Nach allem, was bisher geschehen ist, sieht der Regierungsentwurf fast wie eine Heldenthat aus.

Nun hat das Kassationsgericht das Wort. Die höchste Instanz der richterlichen Hierarchie einnehmend und daher nicht nur gesetzlich, sondern auch thatsächlich von der Exekutivgewalt unabhängig, sind die Kassationsrichter am meisten geeignet, Recht und nur Recht zu sprechen. Auch hat das oberste Gericht bisher in der Angelegenheit unparteiisch gewaltet. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob es die schwerste Probe der Revisionsfrage bestehen wird, ob es wagen wird, eine direkte Verantwortung da zu übernehmen, wo der Chef der Justiz vor einer indirekten Verantwortung zurückgedreht. . . .

Um gewissermaßen die bittere Pille der Revision zu versüßen, hat der Justizminister, diesmal auf eigene Initiative, die sofortige Verfolgung von Angriffen gegen die *Armee* angeordnet. Das ist nach allen Seiten ein Schlag in die Luft. Die antimilitaristischen Elemente erklären höhniisch, die Angriffe auf die verrotteten und gesetzesbrecherischen Generalstäbler seien keine Angriffe auf die *Armee*, d. h. weder auf das Volk in Waffen, noch auch auf die einige zwanzigtausend berufsmäßige Offiziere, die ihren Pflichten obliegen. Der radikale „*Rappel*“ meint sogar mit köstlichem Humor, die Anordnung des Justizministers bedrohe die — *Präfekten* des Generalstabes, die ja „mit aller Kraft darauf hinarbeiten, die ganze *Armee* mit den Fäulnissen und Verräthen des zweiten Bureaus des Generalstabes zu solidarisiren und so schließlich . . . glauben zu machen, daß unsere nationale *Armee* weiter nichts ist als ein Haufen *Banditen*.“ Und was die gewerksmäßigen Patrioten betrifft, so sollen sie über den Justizminister und die Regierung mit der läßlichen delirirenden Wuth her, ohne auf die wirkungslose Anordnung zum Schutze der *Armee* zu achten.

Jedenfalls ist sobald kein Friedensschluß zwischen den beiden Kampfparteiern zu erwarten. Neben dem fortwährenden Gewaltstreich gegen *Picquart*, wird die *Hay* des *Klerikal*-antimilitarisch-gewerksmäßigen *Schweizers* für die Fortdauer der *Presse* und *Verammlungs*-sichere sorgen.

Gerade am Vorabend des ministeriellen Revisionsbeschlusses hat sich die gesetzlich aufgelöste und thatsächlich eingeschlossene „*Patrioten-Liga*“ wieder konstituir. Diese boulangistische Organisation, an deren Spitze die alten *Gespensier*, *Déroulède*, *Marcel* *Hobert* stehen, will „mit allen Mitteln, auch mit Gewalt“ das *Baterland* retten. Aber die „Gewalt“ läßt sich nicht aus der Erde stampfen, am wenigsten aus der *Pariser* Erde, die vor weniger als zehn Jahren den läßlichen Zusammenbruch derselben Demagogen gesehen hat. Schon die Aufstufungs-Versammlung der *Liga* war ein Sinnbild der *Parodie* vor der *Vollmasse*. Die „grandiose patriotische Kundgebung“, angekündigt in zehntausenden riesigen Plakaten, war eine vorläufig geschlossene *Versammlung*, zu der nur Eingeladene Zutritt hatten. Das „*Volk*“ war darin vertreten durch einige hundert lumpenproletarische *Carnelots* (*Zeitungsverkäufer*). Sonst bestand die *Versammlung* aus dem *echt* boulangistischen *Mischmasch* der *Kochfort*-*Sozialisten*, der *Drumont*-*Antimilitaristen* und natürlich der *Mitglieder* aller *Klerikal*-*monarchistischen* *Jurkel*. Auch eine Anzahl *Priester* befanden sich unter den *Eingeladenen*. Die *Liga* hat gleich an ihrem Aufstufungstage sehen können, wie das *echte* *Volk* über die boulangistischen *Gespensier* denkt. Die *Versuche* der jugendlichen *Liga*-*Mitglieder*, eine *Strassenkundgebung* zu veranstalten, scheiterten läßlich an der *Gleichgültigkeit* oder mitunter der *Feindseligkeit* des *Publikums*, trotzdem es ein schöner Sonntag war. Insbesondere erfreulich ist es, daß die *streikenden* *Erdbarbeiter*, die am gleichen Tage ihre *Versammlung* in der *Arbeitsbörse* hielten, einstimmig sich weigerten, die zu ihren *Gunsten* in der *Liga*-*Versammlung* gesammelten *Gelder* (250 *Franko*) anzunehmen. Am Tage darauf motivirten sie die *Weigerung* damit, daß der *Charakter* der *Liga* „den *Prinzipien* und den *Interessen* der *Arbeiter* widerspreche“. Daher *verweigerten* sie die *Annahme* des *Geldes* auch durch die *Vermittlung* des *Kochfort*-*Blattes*, nachdem dieses die *Teller*-*Versammlung* der *Liga* in seine *Subskriptionsliste* aufgenommen hatte. —

Die „*Enthüllungen*“ *Esterhazy's* — so wird uns von *senntimlicher* Seite geschrieben — werden nur von *Denkunfähigen* ernst genommen. Daß er sich nun als *Versaffer* des „*Vordereau*“ bekennt, war für niemanden etwas Neues und geschah nur, weil weiteres *Leugnen* unmöglich wurde. Daß er aber die ihm von anderen *suggestirte* *Wär* wieder *auffrischt*, er habe nur „auf *Befehl*“ das *Dokument* verfaßt, um *Dreyfus* zu belasten, ist doch natürlich nur *Ausrede*, um sich zu *beden*. *Ausgerechnet* müssen es die *Lodten* *Sandherr* und *Henry* *gewesen* sein, die ihn damit *beauftragt*! Wo mit fast *unversteht* *Hand* schrift *verfertigt* er ein *Schriftstück* in *Wendungen*, die *nimmermehr* auf *Dreyfus* *paßten*, wie „*Ich* *reise* *zum* *Männer*“ und das *Artilleriehandbuch* sei *sehr* *schwer* *zu* *beschaffen*?! Die *Version*, das „*D*“ bedeute *Dollfus*, ist *möglich*; nur schade, daß der *Zettel* selbst mit seinem *darbarischen* *französisch* *nimmermehr* von *Schwarzpöppeln* herrührt, der das *französisch* wie seine *Mutter*-*sprache* schreibt. Hiermit ist auch diese *Enthüllung* *entwerthet*. *Ueberhaupt* wird man *bisher* *nicht* *lung* *daraus*, gegen *wen* *er* *enthüllt*“. Denn das — von *Italien* *sofort* *dementirte* — *Wärchen*, man habe *Dreyfus* *einen* *fingirten* *Operationsplan* *diktirt* und *der* *sei* *sofort* *an* *Italien* *vertragen* *worden*, würde sich doch gegen *Dreyfus* *richten*. —

Zur Dreyfus-Angelegenheit. Das *Oktobereft* der *Londoner* „*National Review*“ bringt einen Artikel über die *Dreyfus*-*Affäre*, worin es heißt, daß die *deutsche* *Regierung* die *französisch* *haben* *wissen* *lassen*, sobald *vollständiges* *Licht* in der *Dreyfus*-*Affäre* verbreitet sei, werde die *deutsche* *Regierung* dem *Oberst* *Schwartzpöppeln* die *Erlaubniß* *geben* *zu* *sprechen*.

Der *Kurort* zufolge soll der *Untersuchungsrichter* *Vertulus* mit der *Untersuchung* der *Mlage* wegen *Vertrages*, welche *Christian* *Esterhazy* gegen den *Major* *Esterhazy* *ansufragte*, *betraut* *worden*. Nach einer *Privatdepesche* der *Magdeburger* *Zeitung* aus *Paris* wird in *Kreisen*, die dem *Kassationshof* *nahestehen*, die *Kassirung* des *Urtheils* gegen *Dreyfus* für *zweifellos* *angesehen*. —

Spanien.

Madrid, 28. September. Wie der „*Imparcial*“ meldet, weigert sich der *Finanzminister*, irgend eine *Staatsanleihe* *anzunehmen*. Mit anderen Worten heißt dies, daß *Spanien* *auch* *gegen* *Buhergeld* *von* *niemandem* *Geld* *bekommt* *und* *völlig* *bankrott* *ist*. —

Madrid, 27. September. *Ministerpräsident* *Sagasta* *erklärte*, alle *finanziellen* *Schwierigkeiten* *seien* *behoben*. *Marshall* *Blanco* *wurden* *30* *Millionen* *Pesetas* *abschanden* *und* *ihm* *der* *Befehl* *wiederholt*, die *Freiwilligen* *zu* *entlassen*.

Rußland.

Der Bau der sibirischen Bahn. Die *Ruß*, mit der die *russische* *Regierung* die *sibirische* *Eisenbahn* *fertig* *zu* *stellen* *sucht*, wird durch einige *Mittheilungen* der *Monatschrift* „*Ostasien*“ über die *raschen* *Fortschritte* *bei* *diesem* *Bau* *dargestellt*. Der *Verkehr*, der in den *letzten* *Monaten* *bis* *Tulonowoseloje*, 520 *Werst* *hinter* *Kamof* über *Nischni-Ubinsk* *hinausreichte*, wurde im *August* *trotz* *einer* *entsetzlichen* *Hitze*, um eine *bedeutende* *Strecke* *erweitert*, die *auf* *der* *alten* *Poststraße* *144* *Werst* *beträgt*, um *Tulonowoseloje* *bis* *Siminseloje* *an* *der* *Orta*, *einem* *Nebenflusse* *der* *Angara* *führt* *und* *schon* *für* *Personen* *und* *Güter* *verkehr* *eröffnet* *wurde*. Die *Eufertigung* *nach* *der* *Stadt* *Jekulsk* *beträgt* *hiernach* *nur* *noch* *224* *Werst*, die *man* *bei* *günstiger* *Fahrt* *in* *einem* *Karantod*, *dem* *bekannten* *russischen* *Reisewagen*, *binnen* *24* *Stunden* *zurücklegen* *kann*. *Auch* *zwischen* *Siminseloje* *und* *Jekulsk* *seien* *die* *Schiene* *schon* *größtentheils* *gelegt* *und* *es* *dürfte* *nach* *vor* *Eintritt* *des* *Winters* *der* *sohrplanmäßige* *Verkehr* *bis* *Jekulsk* *ausgedehnt* *werden*, *womit* *dann* *die* *mittelsibirische* *Bahn* *von* *den* *Ufern* *des* *Obj* *bis* *Jekulsk* *fertig* *gestellt* *sein* *wird*. *Trotz* *dieser* *großen* *Beischiebung* *dürfte* *die* *Fertigstellung* *der* *Bahn* *durch* *Transbaikalien* *und* *das* *Amurgebiet* *doch* *nicht* *sehr* *bal* *zu* *bevollständigen* *sein* *und* *es* *begehr* *sich*, daß *die* *russische* *Regierung* *den* *zu* *erwartenden* *Waffenanzug* *mit* *England* *hinauszuschieben* *wünscht*. —

Türkei.
Zur Aretafage liegen folgende Nachrichten vor. Aus Athen wird der „*Intern. Korresp.*“ mitgetheilt: Dem Antrage des Admirals *Bertolo*, die *türkischen* *Truppen* *auf* *Areta* *durch* *zwei* *italienische* *Regimenter* *zu* *ersetzen*, wird hier große *Bedeutung* *beigelegt*. *Betreffs* *der* *hierdurch* *für* *Italien* *entscheidenden* *Kosten* *beraunt*, daß *England* *die* *Geldmittel* *für* *die* *Unterhaltung* *der* *Truppen* *gegen* *spätere* *Juridikerstellung* *aus* *den* *Jolleinkünften* *auslegen* *werde*. *Ein* *darauf* *bezüglicher* *Antrag* *werde* *den* *Nächsten* *alsbald* *vorgelegt* *werden*.

Aus *Kanea* wird gemeldet: *Dscheivad* *Pascha* *ernannte* *den* *Oberst* *Cheeki* *Bej* *zum* *Gouverneur* *von* *Kandia* *an* *stelle* *Edhem* *Pascha's*.

Wie das „*Kreuzer*“ *Bureau*“ aus einer *Spezialquelle* *meldet*, hätten *England*, *Frankreich*, *Rußland* *und* *Italien* *die* *einzelnen* *Punkte* *des* *an* *den* *Sultan* *in* *betreff* *Areta's* *zu* *richtenden* *Ultimatum's* *vereinbart*. *Das* *Ultimatum* *soll* *binnen* *24* *Stunden* *überreicht* *werden*.

Japan.

Japanische Masseneinwanderung nach den Philippinen. Aus *Madrid* wird der „*Int. Korresp.*“ gemeldet: *Der* *nach* *Spanien* *zurückgekehrte* *vormalige* *Generalgouverneur* *Augustin* *erklärte*, daß *den* *Hauptvortheil* *aus* *dem* *Kriege* *auf* *den* *Philippinen* *die* *Japaner* *ziehen* *würden*. *Während* *des* *Krieges* *seien* *mindestens* *5000* *Japaner* *nach* *den* *verschiedenen* *Inseln* *der* *Philippinengruppe* *gekommen*, *wo* *sie* *unter* *verschiedener* *Ausnutzung* *der* *verworfenen* *Verhältnisse* *Land* *erworben* *und* *sich* *geschicklich* *festgesetzt* *hätten*. *Jetzt* *nach* *Beendigung* *des* *Krieges* *werde* *dieser* *Zuzug* *noch* *stärker* *werden*, *ebenso* *wie* *die* *Karolinen* *bereits* *ein* *begehrtes* *Ziel* *der* *auswanderungslustigen* *Japaner* *geworden* *seien*. *Vorläufig* *würden* *sich* *diese* *Verhältnisse* *allerdings* *nur* *in* *wirtschaftlicher* *Beziehung* *geltend* *machen*; *binnen* *kurzem* *aber* *werde* *man* *finden*, daß *hieraus* *auch* *bedenkliche* *politische* *Verwickelungen* *entstehen* *könnten*. —

Eine Landung der Engländer bei Zaku, die als möglicherweise bevorstehend angekündigt wurde, ist nicht geschehen. Die englischen Kriegsschiffe sind vielmehr von *Zaku* *wiederum* *nach* *Weihaui* *ausgelaufen*. *Admiral* *Seymour* *ist* *in* *Tschifu*, *umweit* *Weihaui*.

Die *Partei* *der* *Kaiserin*-*Regentin* *nicht* *ihren* *Sieg* *weiter* *aus*. *Die* *Times* *melden* *aus* *Peking*, *Hsu*-*Hung*-*pi*, *welcher* *im* *Jahre* *1895* *auf* *Drängen* *Englands* *aus* *dem* *Tsung-li*-*Hamen* *wegen* *Wortbruchs* *entfernt* *worden* *war*, *sei* *wiederum* *in* *das* *Tsung-li*-*Hamen* *berufen* *worden*. —

Der *Regent* *von* *Tschili*, *Julu*, *ist* *von* *Tientsin* *nach* *Peking* *verlegt* *worden*. *Zwischen* *Julu* *und* *dem* *Kaiser* *besteht* *bittere* *persönliche* *Feindschaft*. *Die* *Kaiserin* *erläßt* *noch* *weitere* *Erkfte*, *durch* *welche* *Mitglieder* *der* *Reformpartei* *geächtet* *werden*. *Gegen* *acht* *Anhänger* *Kang*-*Hu*-*Wei's* *ist* *Untersuchung* *unter* *der* *Anlage* *eröffnet* *worden*, daß *sie* *sich* *gegen* *die* *Kaiserin*-*Mutter* *verschworen* *hätten* *und* *mit* *den* *Führern* *des* *Aufstandes* *in* *Südhina* *in* *Verbindung* *hätten*.

Aus *Petersburg* *wird* *gemeldet*: *Wie* *die* *Petersburger* *Blätter* *melden*, *sind* *die* *feinere* *Teile* *von* *den* *Japanern* *zerstörten* *Batterien* *von* *Port* *Arthur* *nunmehr* *andgedeset* *und* *armirt*; *der* *Bau* *neuer* *Batterien* *wird* *eifrig* *betrieben*, *die* *Anschaffungsgegenstände* *für* *dieselben* *sind* *bereits* *angefahren*. *(Das* *paßt* *alles* *reizend* *zu* *dem* *zürischen* *„Friedensmanifest“* *!)* —

Amerika.

Saratoga, 27. September. Die republikanische Konvention stellte *Oberst* *Roosevelt* *als* *Kandidaten* *für* *den* *Gouverneurposten* *im* *Staate* *New-York* *auf* *und* *nahm* *eine* *Plattform* *an*, *in* *welcher* *erklärt* *wird*, daß *die* *übernommenen* *Verantwortlichkeiten* *es* *den* *Verinigten* *Staaten* *verbieten*, *die* *Philippinen* *wieder* *an* *Spanien* *zurückzugeben*. —

Aus *Philadelphia* *melden* *die* *Times*, *die* *von* *der* *republikanischen* *Konvention* *in* *Saratoga* *gestern* *angenommene* *Plattform* *empfehl*, *der* *Kongreß* *möge* *eine* *Währungsanfrage* *zum* *Gesetz* *erheben*, *durch* *welche* *die* *regierungsseitige* *Ausgabe* *von* *Papiergeld* *auf* *der* *Grundlage* *des* *Gold*-*Standard* *reorganisiert* *wird*. —

Partei-Nachrichten.

Stuttgarter Parteitag.

Zum *Empfang* *der* *Delegirten* *am* *Bahnhof* *wird* *der* *unterzeichnete* *Ausschuß* *von* *Sonabend* *nachmittags* *ab* *zu* *allen* *Jügen* *Genossen* *ausstellen* *mit* *dem* *Plakat*: *Sozialdemokratischer Parteitag*. *An* *diese* *Genossen* *sich* *zu* *wenden*, *bitten* *wie* *freundlichst* *die* *Delegirten*.

Hier erhalten sie Anweisung zur *Empfangnahme* *ihrer* *Quartierarten*, *Führer* *und* *sonstiger* *Mittheilungen*.

Sammelpunkt *für* *alle* *Genossen* *ist* *das* *Gewerkschaftshaus* „*zum* *Goldenen* *Bären*“, *Chlingerstraße*.

Kongreß *hala* *ist* *der* *Saalbau* *der* *Direktoren* *der* *Brauerei*, *Tübingerstraße* *und* *Hohenstaufenstraße*.

Die *Stuttgarter* *Genossen*, *welche* *zur* *offiziellen* *Begrüßung* *der* *in* *und* *ausländischen* *Delegirten* *auf* *Sonntag* *abends* *6* *Uhr* *eine* *große* *Begrüßungsfeier* *im* *„Zirkus“* *am* *Marienplatz* *veranstalten*, *laden* *hierzu* *alle* *Delegirten* *freundschaftlich* *ein* *und* *bitten* *die* *Genossen*

Die **Schlesische Parteigenossen** haben beschlossen, alle Verhandlungen mit dem Dresdener Unternehmer abzubrechen, der sich erboten hatte, ein sozialdemokratisches Tageblatt in Görlitz herauszugeben. Der Unternehmer hat, wie uns aus Görlitz geschrieben wird, bei dreimaligem Verhandeln jedesmal andere Bedingungen gestellt und schließlich nicht die Gewähr für eine zweckentsprechende Einrichtung des Geschäfts geboten. Die feinerzeit in einer Versammlung gewählte Preßkommission ist beauftragt, weitere Schritte in der Zeitungsfrage zu thun.

Bei den **Gemeinderathswahlen** in den heftigsten Orten Heusenstamm und Eberstadt wurden sämtliche Kandidaten der Arbeiterpartei gewählt, in ersterem Orte 5, in letzterem 4.

Für den **3. braunschweigischen Wahlkreis** fand am Sonntag in dem geschichtlich merkwürdigen Orte Lutter am Barenberge eine sehr besuchte Kreisversammlung statt, in der namentlich darüber berathen wurde, wie ein ländlicher Wahlkreis zu organisiren sei, um die gewonnenen Erfolge zu halten und weitere zu erringen. In der Diskussion kam allgemein die Meinung zum Ausdruck, daß bei der großen räumlichen Ausdehnung der ländlichen Wahlkreise das System der Dezentralisation mehr als bisher anzuwenden sei. Man beschloß denn auch, den ganzen Kreis in sechs Bezirke zu theilen, für die je ein Bezirks-Vertrauensmann ernannt wurde. Die Bezirks-Vertrauensleute, von denen einer als Kreis-Vertrauensmann fungirt, haben in den ihnen unterstehenden Ortschaften die Agitation, Flugblätter-Vertheilung und Beschaffung der nöthigen Geldmittel zu betreiben. Viel und eingehend wurde auch über die Verlegung der ländlichen Bevölkerung mit passender Letztüre verhandelt. Auf das Uebernehmen billiger, bürgerlicher Tageszeitungen wurde von allen Seiten hingewiesen und der lebhafteste Wunsch ausgesprochen, die Partei möge dafür Sorge tragen, daß auch die ländlichen Kreise, mehr als es bisher der Fall war, durch geeignete Preßorgane gefördert werden. In dem Stüttgarter Parteitage wurde der für das nächste Jahr wiedergewählte langjährige Vertrauensmann Meyer in Stadoldendorf als Delegirter gesandt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Zu 1 1/2 Jahren Gefängniß wurde vom Landgericht in Weitzen der Kolporteur Dylong aus Königshütte verurtheilt, weil er im Mai d. J. auf der Straße ein in polnischer Sprache geschriebenes Flugblatt vertheilt haben soll, worin zur Widergesetzlichkeit gegen staatliche Einrichtungen aufgefordert ist.

Die **Magdeburger „Volkstimme“** hatte ein Inserat folgenden Inhalts gebracht:

„Nachruf. (Verst. d. Mittwoch, den 7. September, verstarb nach langem Krankenlager unser langjähriges Mitglied, der Tischlermeister August Reiter. Derselbe hatte es verstanden, sich das Vertrauen aller Mitglieder zu erwerben, schon über 12 Jahre besaß er das Amt des Kassiers, wir haben in ihm einen guten Rathgeber und liebenswürdigen Freund verloren und werden wir seiner feierlich ehrend gedenken. Die Ortsverwaltung der Central-Krankens- und Sterbefälle der Tischler u. s. w. J. A. D. Kottwitz.“

Wie die „Volkstimme“ mittheilt, ist nun gegen Kottwitz wegen angeblicher Verletzung des Krankenkassengesetzes ein Strafverfahren eingeleitet!

Kampf um das Koalitionsrecht! Protestversammlungen.

In den zahlreichen Protestversammlungen, die dieser Tage in Hamburg und Umgegend abgehalten wurden, nahm man folgende Resolution an: Die re. Versammlung erkennt in den Vorgängen der letzten Zeit, insbesondere in der Bedrohung von sogenannten Streiksberechtigten mit Justizhausstrafe, und in dem immer dreifacher hervortretenden, die Anarchistengefahr zum Vorwande nehmenden Bestreben, für neue Ausnahmegerichte Stimmung zu machen, die Zeichen, daß neue Angriffe auf die wenigen und jetzt schon durch Auslegungskünste so sehr verminderten Rechte des Volkes bevorstehen. Die Versammlung ist sich bewußt, daß das Agrarrecht und der Industriefußballismus auf dem Punkte stehen, sich zu einem gemeinsamen Raubzuge zu vereinigen, dessen Opfer die erwerbsthätige Bevölkerung, insbesondere die Arbeiter sein würden, welche letzteren die besten Waffen für den politischen und wirtschaftlichen Kampf entwerfen werden sollten. In Erwägung dessen stellt die Versammlung an die Vertreter des Proletariats im Reichstage das Verlangen, der drohenden Reaction zum Troste die Erweiterung der bestehenden Volksrechte, insbesondere des Versammlungs- und Vereinsrechts und des Koalitionsrechts aufs neue nachdrücklich zu fordern, des weiteren für wirkliche Preßfreiheit und Abschaffung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen energisch einzutreten.

In Torgelow nahm eine von etwa 800 Personen besuchte Versammlung Stellung zu dem in Aussicht stehenden Justizhaus-Gesetz. Die Versammlung protestirte energisch gegen jede Verletzung des § 153 der Gewerbe-Ordnung. Die wegen der bekannten Vorgänge während des Torgelower Streiks verhängten harten Strafen haben gerade hier den Beweis erbracht, daß die gegenwärtige Gesetzgebung vollauf genüge, auch die stärksten Vergehen zu treffen.

Wir fanden Protestversammlungen statt in Ulm, Lahr in Baden, Wörsch i. d. Rheinpfalz, Düsseldorf, Götha. Diese Versammlung war, wie das „Göthaische Volksblatt“ mittheilt, wohl die imposanteste, die bis jetzt dort abgehalten worden ist.

In Essen beschloß eine stark besuchte Protestversammlung eine Resolution, worin es heißt: „Soll die Entwicklung der sozialen Verhältnisse in gefunder, natürlicher Weise vor sich gehen, dann darf der Lohnarbeiterstand nicht noch mehr von dem mit unbeschränkter Freiheit ausgeschütteten Kapital geknebelt werden, sondern es sind alle noch bestehenden Hemmnisse der Vereinigungsfreiheit der Arbeiter abzuschaffen. Mit Entschiedenheit wendet sich die Versammlung gegen den dreifachen Versuch der rheinisch-westfälischen Großkapitalisten, das Attentat in Genuß in Verbindung zu bringen mit der organisirten deutschen Arbeiterschaft. Wenn in Deutschland überhaupt von einem gemeingefährlichen Anarchismus die Rede sein kann, dann ist es die Anarchie, die lethlich bei den großen Grubenkatastrophen sich entfaltete, in der Ausnützung der Menschen; ohne Rücksicht auf die Gesundheit und das Leben der Arbeiter wirtschaftet das Kapital in wahrhaft anarchischer Weise. Gegen diese Anarchie sind gewiß scharfe Gesetze nöthig zum Wohle des ganzen Gemeinwesens.“

Preussische Landtagswahlen.

Die **Parteien für den 5. schlesisch-hollsteinischen Reichstags-Wahlkreis**, zu welchem die Landtags-Wahlbezirke Steinburg, Nord- und Süder-Dithmarschen gehören, sprach sich mit 10 gegen 4 Stimmen für die Theilnahme an der Landtagswahl aus. Die Art der Theilnahme soll den Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise überlassen bleiben, doch wird sie sich, wie aus den Ausführungen der Delegirten zu entnehmen war, vorwiegend so gestalten, daß in den Städten sozialdemokratische Wahlmänner aufgestellt und in den ländlichen Bezirken — der 5. schlesisch-hollsteinischen Reichstags-Wahlkreis umfaßt ca. 500 Dörfer! — die freisinnigen Wahlmänner schon im ersten Wahlgang von unseren Parteigenossen unterstützt werden. Die freisinnigen Kandidaten sollen auf bestimmte Forderungen in Beziehung auf Wahlrecht, Vereins- und Versammlungs-Gesetzgebung, sowie Gewerbe-Ordnung festgelegt werden. Die Ausschüßung von Verdrängung des reaktionären Mandat-inhabers infolge unseres Eingreifens sind günstig, zumal im Kreise Steinburg, der bis 1893 achtzehn Jahre hindurch im Besitz des Freisinnigen gewesen ist und erst bei der letzten Wahl mit knapper Mehrheit an die Konservativen verloren ging.

Aus Geseke münde
wird gemeldet, daß daselbst unsere Parteigenossen die Aufstellung eigener Wahlmänner beschlossen haben.

In der Stadt Wiesbaden
beschlossen die Parteigenossen in einer Versammlung am 23. September sich an der Wahl nicht zu betheiligen.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Pöschel in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Der deutsch-freisinnige Bezirksverein „Noabit“
beschloß nach sehr erregter Debatte bei Anwesenheit von 100 Personen mit 40 gegen 9 Stimmen, für die Wiederwahl Virchow's und Knörcke's einzutreten. Bekanntlich ist im 3. Berliner Landtags-Wahlkreise ein starker Bruchtheil der Freisinnigen gegen die Wieder-aufstellung Virchow's.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.
In **Tondern** streikten die Maurer um eine Erhöhung des Stundenlohnes von 38 auf 40 Pf.

Spinnwebereistreit. Wegen einer 25prozentigen Lohnkürzung haben am Mittwoch in **Kalensein** die Spinnwebereier einer großen Gardinenfabrik die Arbeit eingestellt. Den Leuten waren bisher für ein Arbeitsquantum, wofür sie in Zukunft 240 M. erhalten sollen, 3,20 M. gezahlt worden.

Die deutschen Glas- und Emailwerke in Aöln-Rippes, die neulich ihren Arbeitern Lohnherabsetzungen ankündigten, worauf diese die Arbeit niederlegten, gedenken sich zu einer Aktiengesellschaft umzuwandeln und bei dieser Gelegenheit das neue Werk in Aöln-Rippes mit der Glasfabrik in Deventrop in Westfalen zu einem Unternehmen zu verschmelzen. In dem Gründungsprospekt wird auf die Rentabilität der beiden Betriebe hingewiesen und dargelegt, daß in der letzten Zeit mit 15—20 pCt. Gewinn gearbeitet worden sei. — Also ein Gewinn von 15—20 pCt. und dann Abzüge am fargen Lohn der Arbeiter!

Der Streik der Brauer in Mannheim ist nach einer unter den Anständigen selbst am Sonntag Nachmittag vorgenommenen Abstimmung für beendet erklärt worden.

Andland.
Ein **Kongreß des dänischen Sägewerks- und Maschinenarbeiter-Verbandes** wurde in Kopenhagen abgehalten, um namentlich über den Beitritt zu den Vereinigten Gewerkschaftsverbänden zu beschließen. Der Beitritt wurde einstimmig beschlossen. Es fanden dann noch Verhandlungen über interne Verbandsfragen statt. Der nächste Kongreß findet 1900 in den Ostergaarden in Randers statt.

In **Fulda** wurde ein Streik der Textilarbeiter eines sehr großen Fabrikunternehmens zu gunsten der Arbeiter beendet. Der Streik war nur zum Schutze des Koalitionsrechtes unternommen, da die Direktion den Arbeitern gebieten wollte, aus dem Gewerkschaftsverbanden auszutreten. Jetzt ist ihnen wieder das Recht zurkannt, in dem Verbands zu bleiben. Der Streik hat den Arbeitern etwa 20 000 M. gekostet.

Aus London wird uns geschrieben: Es gewinnt den Anschein, als sollte es in diesem Jahre noch zu einem zweiten großen Bergarbeiter-Ausstand kommen, der alsdann sich womöglich über das ganze weite Gebiet der Bergarbeiter-Föderation erstrecken würde. Am Sonnabend war auf einer starkbesuchten Delegirtenkonferenz der Bergarbeiter von Lancashire festgelegt, daß dieselben mit großer Mehrheit die von den Grubenbesitzern vorgeschlagene Erhöhung der Löhne um 2 1/2 pCt. und die Unterbreitung der Lohnfragen unter einem Schiedsspruch verworfen haben und statt dessen unmittelbare Lohnerhöhung um 10 pCt. verlangen. Heute soll das Resultat der Abstimmung von Yorkshire festgesetzt werden. Lautet es ebenso, so ist der Ausstand unvermeidlich. Bemerkenswert muß werden, daß die Führer der Gewerkschaft den Mitgliedern die Annahme der Vorschläge der Grubenbesitzer empfohlen hatten, aber eine starke Opposition gegen sich hatten, die, wie man sieht, in Lancashire, dem neben Yorkshire größten District der Föderation, die Oberhand behalten hat.

Im Gebiet von Northumberland haben die Grubenbesitzer, die gleich nach Beginn des Streiks in Wales sich zu einer 7 1/2prozentigen Lohnerhöhung verstanden, jetzt einer von Vurt und Fenwick geführten Deputation unter gewissen Vorbehalten eine weitere Erhöhung um 5 pCt. zugestimmt.

Unternehmer-Verbände.

Import amerikanischer Stahlfabrikate nach Europa.
Ueber den bevorstehenden Import amerikanischer Stahlfabrikate nach England und dem Deutschen Reich wird dem „Zentralblatt der Bergwerke“ von London beauftragte Ergänzung früherer Berichte mitgeteilt, daß der große 200 Millionen Dollars (850 Millionen Mark) Kapital umfassende American Federal Steel Trust und die Carnegie Company nicht nur in England, sondern an mehreren Punkten des Deutschen Reichs große Niederlagen von ihren Stahlfabrikaten aller Gattungen zu errichten beabsichtigen. Den Kern dieses amerikanischen Trusts bilden die Illinois Steel Co. und die Minnesota Iron Co., um die sich eine Anzahl anderer großer amerikanischer Stahl- und Eisenwerke gruppieren. Die beiden erwähnten Gesellschaften, deren Leistungsfähigkeit an und für sich schon eine außerordentlich große ist, haben vor allen Dingen den Vortheil der denkbare billigsten Frachten für das Rohmaterial und der vortheilhaftesten Finanzbahntarife für den Export der Stahlfabrikate durch die intime finanzielle Verbindung mit der Duluth Iron Ranges Railway Co., der Minnesota Steamship Co., der Lake Shore and Eastern Railroad Co., der Elgin Joliet Railroad Co. Dem Stahltrust kommt dadurch der große Vortheil zu stehen, auf eigenen Dampfschiffen und Eisenbahnhilfen sich das Rohmaterial für die Fabrication zum Selbstkostenpreise des Transportes besorgen zu können. Als zweite Begründung kommt hinzu, daß sie nur eigene Erze in eigenen Hochofen verarbeiten. Diese Erze werden in den Gruben von Vermillion und Mesabi in Minnesota gewonnen und sind von vorzüglicher Qualität. Die Produktionsfähigkeit dieser Trust-Gesellschaft wird dann selbst die Carnegie Co. Limited übertrifft, welche ebenfalls ihr Augenmerk auf den Export nach Europa und auf das Ostasiatische Absatzgebiet Englands und Deutschlands gerichtet hat. Neuerdings wird hierzu dem „Zentralblatt der Bergwerke“ aus New-York geschrieben, daß drei andere große amerikanische Eisenindustrie-Gesellschaften, die Cambria Iron Co., Pennsylvania Steel Co. und die Westhelem Iron Co., sich dem Federal Steel Trust anschließen dürften. Das Geschäftsprogramm des Federal Steel Trust besteht darin, durch Massenproduktion und weitestgehende Anwendung von automatischen Maschinen den Einheitspreis der Fabricationskosten billiger zu gestalten, auf dem Inlandsmarkte durch Verständigung mit der Carnegie Co. die Preise in gewinnbringender Höhe zu kontrolliren, sowie zu diesem Zweck durch gemeinsame Exportorganisation den Ueberfluß der amerikanischen Stahlproduktion möglichst in Europa unterzubringen.

In Birmingham und Sheffield beziehen bereits einige große Firmen regelmäßig amerikanische Stahlprodukte. Es dreht sich hier nicht allein um den amerikanischen Export von Stahlschienen, Stahlplatten, sondern auch um Stahlfabrikate von feinerer Qualität und in kleineren Spezifikationen. In Stahlschrauben, Muttern, Bolzen, Stahlröhren und allen fähigsten Fahrrad-Vestandtheilen besteht jetzt bereits ein ganz ausgebreiteter Importgeschäft von Seiten Amerikas nach England. Es ist sogar nach der Meinung englischer Techniker notwendig, daß mit Rücksicht auf diese Art des amerikanischen Wettbewerbes die englischen Frachten ebenfalls einer Reform unterzogen werden. Wenn es z. B. jetzt schon als Thatfache nachgewiesen werden kann, daß die Schiffsfracht von New-York nach Liverpool für diese Stahlfabrikate in vielen Fällen billiger ist als die von Liverpool nach Sheffield, so wird noch stärker darauf hingewiesen, daß die Seefrachten von amerikanischen Häfen nach Hamburg und Bremen ebenfalls billiger sind, als die Eisenbahnfrachten für Stahlfabrikate von Nordort und Dortmund nach den verschiedenen Handlungszentren des Deutschen Reichs. Ein besonders vortheilhafter Faktor, den die amerikanischen Fabrikanten bei ihrem Massenimport zur Geltung bringen können, ist die weitgehende Anwendung von wirklich vorzüglichen Werkzeugmaschinen, die nur in Deutschland in gleich guter Beschaffenheit hergestellt werden, ferner von Maschinen zum automatischen Arbeitenden, speziell für Massenfabrikation eingerichteten Betrieb. Wie berichtet

wird, sollen leistungsfähige deutsche Industrielle Patente guter amerikanischer Werkzeugmaschinen erworben haben, und werden so somit erfolgreich in die Konkurrenz eintreten können.

Soziales.

Die Arbeiter-Konsumvereine von Leipzig und Umgegend haben auch im letzten Geschäftsjahre finanziell gut abgeschlossen. Nach den Angaben der „Leipziger Volkszeitung“ hatte der

Konsumverein	Verhältnis zu 1897	Zahl der Mitglieder		Umsatz in Mark		Reingewinn in Mark		Dividende in Mark	
		1897	1898	1896/97	1897/98	1897/98	1897/98		
Plagwitz	24	13 348	10 177	4 489 928	5 441 405	566 907	517 008		
Entzsch	8	3 787	4 287	969 470	1 072 614	110 671	105 529		
Ostvorstadt	15	2 103	3 781	574 863	900 217	91 282	88 252		
Stötteritz	8	1 608	1 759	491 404	547 152	65 041	60 184		
Connewitz	7	1 445	1 726	459 663	581 012	60 959	57 602		
Gaußsch	1	392	427	?	192 742	19 500	17 508		
Dölitz	2	654	727	146 060	174 523	23 046	21 515		
Zusammen:	68	23 337	28 884	?	8 909 605	946 526	867 638		

In der 1897er Mitgliederzahl des Ostvorstädtischen Konsumvereins sind nicht mit begriffen die im letzten Jahre übergetretenen etwa 1500 Mitglieder des ehemaligen Konsumvereins Neustädtefeld. Es waren also 1897 insgesamt etwa 24 800 Konsumvereins-Mitglieder vorhanden, die sich bis 30. Juni 1898 um rund 4000 Mitglieder vermehrten.

Zur Erläuterung der Tabelle ist noch zu bemerken, daß in der letztjährigen Umsatzziffer des Konsumvereins in Gaußsch 56 236 M. für von den Mitgliedern bei den dortigen Bäckern, Fleischern und der Schweinefleischerei entnommene Waren mit enthalten sind. Der Konsumverein in S. G. d. e. w. i. g. bei Zwickau vertheilt für das letzte Geschäftsjahr 15 pCt. Dividende an seine Mitglieder.

Die Allgemeine Orts-Krankenkasse in Chemnitz hat in Grünhain im Erzgebirge ein Genesungsheim für ihre Mitglieder errichtet, das 70 Pfleglingen Raum gewährt und mit allen erforderlichen Bequemlichkeiten versehen ist.

Arbeiter-Risiko. In der Zuckerrabrik von Kühne u. Schaeper bei Wanzleben stürzte eine 16jährige Arbeiterin in einen mit heißem Schray gefüllten Bottich. Sie erlag schon in der folgenden Nacht den schweren Brandwunden.

Proletariat unter den Nerzen. In Kopenhagen hat sich ein junger Arzt, Dr. med., im Arbeitshaus als brot- und arbeitslos gemeldet. Seit 1893 hatte er sich durch gelegentliche Vertretungen von Kollegen ernährt, da er keine feste Anstellung fand und ihm die Mittel, sich zu etabliciren, fehlten. In den letzten Wochen war er ohne Einkünfte und hat nach und nach seine Bücher, Instrumente und entbehrlichen Kleider verkauft und veräußert. Mit recht betont unser Bruder-Organ „Sozialdemokraten“, in welsch' merkwürdiges Licht dies Ereigniß die sozialen Verhältnisse stellt. In ganz Dänemark giebt es nur 100 angestellte Districtsärzte (aber 1200 Pfarrhöfe), und unzählige Menschen gehen zu Grunde, weil sie nicht rechtzeitig ärztliche Hilfe bekommen, da sie dieselbe nicht bezahlen können. Wer aber den „Armenarzt“ in Anspruch nimmt und ihn nicht bezahlt, verliert seine politischen Rechte. Wann wird endlich die Gesellschaft einsehen, daß es ihre Pflicht ist, die Sorge für die armen Kranken auf ihr Konto zu nehmen?

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Essen a. d. Ruhr, 28. September. (W. Z. B.) Nach weiterer Mittheilung über den Unfall auf der Feste „General Blumenthal“ war der Forderlorb von dem Maschinen zu hoch gezogen worden. Hierdurch erfolgte ein Anprall gegen die Seilseibe; durch die Erschütterung löste sich das Seil los. Die genaue Anzahl der Todten war bis 8 Uhr abends noch nicht festgestellt.

Frankfurt a. M., 28. September. (W. Z. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Mailand, durch königliches Decret sei der Stadtrath von Livorno aufgelöst worden. Eine Untersuchung seitens des Präfecten habe bedeutende Fehlbeträge in der Stadtkasse ergeben, der Sindaco derselben sei verschwunden, der Stadtkassirer verhaftet, weitere Verhaftungen händen bevor.

Frankfurt a. M., 28. September. (W. Z. B.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus London gemeldet: Einer Depesche aus Shanghai zufolge haben alle internationalen europäischen Mächte die Regierung der Kaiserin-Witwe anerkannt. England, die Vereinigten Staaten von America und Japan sollen aber beabsichtigen, die Verfassungsmäßigkeit der neuen Regierung in Frage zu stellen, da es sich um eine offene Usurpation handle. Es sei noch ungewiß, ob der Kaiser am Leben ist oder nicht. Alle fortschrittlichen Chinesen, besonders die Kantonesen, würden verfolgt. Die Kaiserin wolle die fortschrittlichen Kantonesen austrotten, und selbst in Shanghai würden massenhaft Verhaftungen vorgenommen. Li-hung-shang's Familie habe sich aus Furcht vor der Bevölkerung nach Port Arthur begeben, wo sie unter russischer Schutz bleiben werden.

Triest, 28. September. (W. Z. B.) In Macaroda wurde an Bord eines Dampfschiffes der aus Brescia gebürtige, gefährliche Anarchist Paul Antonelli verhaftet. Man beschlagnahmte bei ihm wichtige Papiere. (? Red. d. „W.“)

Paris, 28. September. (W. Z. B.) Der Generalkonventionsrat beim Kassationshofe, Manau, prüft die Drehfus-Akten in seiner Wohnung. Wie verlautet, wird Manau seinen schriftlichen Antrag dem Kassationshofe nicht vor Ende dieser Woche zugehen lassen.

London, 28. September. (W. Z. B.) „Reuter's Bureau“ ist zu der Mittheilung ermächtigt worden, daß England, Frankreich, Italien und Italien nunmehr sich über die der Forste in betrefe Reeta's zu überreichende Mittheilung geeinigt haben. Die Vorkämpfer hätten endgiltige Imitationen erhalten, und es werde der Forste unzerzaglih eine gemeinsame Note überreicht werden, die in einer festen und entschiedenen Sprache abgefaßt sei und die Zurückziehung der türkischen Truppen verlange.

London, 28. September. (W. Z. B.) Die Miners' Federation, welche 817 500 Bergarbeiter umfaßt, hat die Vorschläge der Arbeitgeber angenommen. Hierdurch ergiebt sich eine Regelung der Lohnfrage bis zum Jahre 1901.

Rom, 28. September. (W. Z. B.) Die „Italia“ meldet, alle europäischen Kabinette mit Ausnahme des französischen, dessen Antwort noch nicht eingegangen sei, hätten sich mit dem Vorschläge der italienischen Regierung einverstanden erklärt, eine internationale Konferenz wegen der Anarchistenfrage abzuhalten. Man warte die Antwort Frankreichs ab, um dann das Programm für die Konferenz aufzustellen.

Kopenhagen, 28. Sept. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Im 5. Kopenhagener Wahlkreis, der bisher von P. S. Holm vertreten wurde, siegte bei der heutigen Nachwahl der Genosse Borgbjerg mit 1794 Stimmen gegen den Reactionär Oberlieutenant Kam-busch, der es auf 879 Stimmen brachte. Der Sieg ist um so bedeutender, als die Vorkommnisse mit Holm den Genossen genügende Angriffspunkte boten.

Warschau, 28. Sept. (W. Z. B.) Die Polizei seht die Verhaftungen polnischer Sozialisten fort. Bei einem derselben fand man geheime Dokumente der russischen Regierung über Kongreß-Noten und einen geheimen Bericht des Generalgouverneurs Jmeriansky über die Zustände in der Weichselprovinz.

Athen, 28. Sept. (W. Z. B.) Nach einer Blättermeldung sind seitens der vier Krete-Mächte die Beamten bereits engagirt, welche im Laufe des Oktober die türkischen Beamten ersetzen sollen.

Lokales.

Die Mitglieder der Lokalkommission für Berlin und Umgegend werden ersucht, alle Aenderungen der Lokalliste ihrer Kreise umgehend bis spätestens Sonntag, den 2. Oktober er. an Unterzeichneten einzusenden. J. A.: Oskar Mahle, Berlin S, Ritterstr. 3, III.

Die Freie Volkshöhle bringt im Oktober für die zweite Vorstellungsserie Grillparzer's Trauerspiel „Des Meeres und der Liebe Wellen“ zur Aufführung. Die Vorstellungen finden im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater unter Leitung des Oberregisseurs Herrn A. Steinert und Mitwirkung folgender Gäste statt:

Hero: Fraulein Eisenhut a. G. (vom Lessing-Theater). Der Oberpriester: Herr Casar Wed (vom Berliner Theater). Veander: Herr Jaray (vom Reuen Theater). Kauleros: Herr Käßler (vom Deutschen Theater). Janthe: Frä. Raymond als Gast (vom Reuen Theater).

Die Vorstellungen finden am 2., 9., 16., 23. und 30. Oktober statt. Die Mitglieder werden gebeten, rechtzeitig ihren Oktoberbeitrag zu entrichten.

Die Vorstellung der 5. Abtheilung „Galeotte“ im Lessing-Theater folgt am kommenden Sonntag, so daß am 2. Oktober gleichzeitig die Vorstellungen der 1. und 5. Abtheilung in beiden Theatern stattfinden. Da vier Abtheilungen bis auf den letzten Platz gefüllt sind, werden die Mitglieder dringend ersucht, nur die Vorstellung ihrer Abtheilung zu besuchen. Kandidaten können günstigstenfalls einen Stehplatz erhalten. Neue Mitglieder können nur noch für die 5. Abtheilung Aufnahme finden. Die Mitglieder werden gebeten, das Inserat in heutiger Nummer zu beachten, um sich über das am 8. Oktober stattfindende Herbstfest informieren zu können. Der Vorstand. J. A.: O. Winkler.

Julius Lissauer f. Die kaufmännische Bewegung unserer Parteigenossen hat einen herben Verlust erlitten; Genosse Julius Lissauer, der Herausgeber des „Handels-Angestellten“ ist in der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch einem längeren Leiden erlegen. Der Dahingegangene war seit vielen Jahren in der politischen Bewegung thätig; als Vorstandsmittglied des Wahlvereins im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis trat er zur Zeit des Stiller-Kampfs muthvoll in die Reihe und half die Beziehungen unter den Genossen aufrecht erhalten. Noch zur Provinzialkonferenz 1897 wurde er als Delegierter des 5. Kreises erwählt und trat dort, wie stets, mit Hülfe, Eifer und Geschick für unsere Ideen ein. Mehrere Jahre war er Vorsitzender der Freien Vereinigung der Kaufleute und wirkte von dieser Stelle aus in überzeugender Weise für die Ausbreitung der Sozialdemokratie unter seinen so schwer zugänglichen Berufskollegen. Gleich nach der letzten Reichstagswahl, in welcher er noch für die Partei thätig war, erlachte den sonst kerngesunden Mann ein heftiges inneres Leiden, dessen Natur nicht konstatirt werden konnte. Gestern verstarb der wadere Kämpfer im blühenden Alter von noch nicht 29 Jahren. Stets werden sich die Genossen, welche mit ihm in Verbindung traten, des Augen Verstorbenen erinnern, und ihm ein dauerndes Andenken bewahren. — Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes in Weihensee aus statt.

Dezentralisation. Der jetzt im Gange befindliche Umzug wird wieder eine Verminderung der Bevölkerung der inneren Stadttheile bringen. Sind doch schon seit einer Reihe von Jahren alle Umzugsstermine zugleich auch die Termine des Beginns vom Abbruch ganzer Häuserkomplexe. An die Stelle der willigen, verbauten Wohnhäuser treten Geschäftshäuser, wie am Spittelmarkt, in der Rosen- und der Reuen Friedrichstraße. Für den oberflächlichen Beobachter ergibt sich nun als selbstverständlich, daß die bisherige Bewohner der Innenstadt an die Peripherie oder gar in Vororte ziehen, daß ihre Wohnungslage sich ganz bedeutend verbessert hat. Scheinbar haben sie Vortheile erlangen, in Wirklichkeit sind diese aber doch nur recht geringer Natur. Dem es handelt sich bei den Bewohnern der alten Vororte, die dem Abbruch verfallen sind, zum überwiegenden aus Minderbemittelten, Angehörigen der Arbeiterklasse. Die Geschäftslente und Fabrikbesitzer haben schon lange die Enge und Gesundheitswidrigkeit der alten Vororte mit den Annehmlichkeiten der Vorortwohnungen vertauscht. Sie folgen immer mehr dem Zuge nach dem Westen und so ist es selbstverständlich, daß die Villengärten an den Grenzen des Grunewaldes, im Südwesten u. s. w. an außerordentlicher Ausdehnung gewinnen. Da bietet sich also ein erfreuliches Bild von der Dezentralisation. Die meisten Häuschen sind nur von einer Familie bewohnt. Ueberall ziehen sich schmale Gärten zwischen den Bauten hin. Nirgends spielt ein Fabrikhörnchen seinen Schmutz über die Dächer und Pflanzen. Das Ideal des Wohnens ist erreicht. Bei den Minderbemittelten aus der Innenstadt, die ihr Heim in den Vorortstrichen aufschlagen müssen, tritt eher eine Zentralisation, eine Zusammenpferdung ein, als eine Auseinanderziehung. Haben sie früher mit wenigen Parteien ein Haus bewohnt, jetzt müssen sie in jene großen Häuser ziehen, die kaum etwas anderes sind, als Herbergen, in die sich jeder seine Möbel mitbringt. Denn in den riesigen Hauskästen kaufen sie auch zu Hunderten beisammen. Und viele kommen auch nur zum Schlafen nach Hause. Wenn sie nun auch in höheren, helleren Zimmern wohnen, einen Nachtheil haben sie doch, den sie viel mehr empfinden, als die Bewohner der Villen: Ihre Wege zur Arbeitsstätte sind weiter geworden. Wenn sie im Zentrum beschäftigt sind, ist ihre Mittagspause stark verürzt oder ganz illusorisch geworden, da sie nicht mehr nach Hause eilen können. Dagegen ist die Zeit, die sie außerhalb ihres Hauses zubringen müssen, um die verlängerten Wege nach dem Geschäftswald zu überbrücken. Und ob in den Höfen oder den eng bebauten Strohen eine viel bessere Luft weht, als in der Stadt, ist noch sehr fraglich. Sehe man sich nur mal die Straßenzüge an der Peripherie und den Vororten an, z. B. das nördliche Röhrl, den Südböden, Nixdorf, Rummelsburg. Die verurtheilte Berliner Straßenphysiognomie ist dort aufzuheben. Und Fabriken über Fabriken blasen ihren Luft und Licht verpefenden Hauch aus.

Soll die sogenannte Dezentralisation einen wirklichen Segen auch für die Arbeiterbevölkerung mit sich bringen, so müßten die Bodenwucherer und Hausbesitzer erst mal die Absicht bekommen, zum Wohle der Allgemeinheit und nicht zur Fettnäpfchen des eigenen Säckels zu wirtschaften. Da das aber zu muthmaßlich ist, muß der Arbeiter darauf bedacht sein, andere Verhältnisse herbeizuführen, in denen nicht die notwendigsten Bedürfnisse zu wüsten Spekulationsobjekten werden. Vorläufig aber muß er darauf dringen, daß die Profitwirtschaft der Eisenbahn aufhört, daß die Fahrpreise zu seinen Gunsten herabgesetzt werden. Denn die Belastung einer Familie, in der zwei bis drei Erwerbsthätige sind, mit einem jährlichen Fahrgehalt von 50 bis 100 Mark dürfte keinen Arbeiter verlocken, in die weiteren Vororte hinaus zu ziehen. Dann aber müssen die Vororte, und besonders die östlichen und noch mehr die nördlichen, mit eben solchem Eisenbahnezug, mit eben solchem Zugverkehr versehen werden, wie die westlichen. Dann würden auch die Arbeiterwohnungen in den Vororten mehr Vorortwohnungen werden und nicht, wie jetzt, Berliner Reichstagskassen auf Vorortgebiet. Daß dies der Erfolg wäre, beweist das Beispiel Londons, wo durch die trefflichen Verkehrsmittel die Behausungsziffer nur den siebenten bis achten Theil beträgt, wie in Berlin, trotzdem doch London eine dreimal so große Bevölkerung hat, wie unser schönes Spreewäldchen.

Bei der städtischen Sparkasse wurden vom 1. April 1897 bis zum 31. März 1898 46 879 274 M. eingezahlt und 37 132 507 M. (angerechnet die Zinsen) ausgezahlt. Das Guthaben der Sparer stellte sich am 31. März 1898 auf 210 263 569 M. Der Sparfassenbericht pro 1897/98 berechnet, daß von diesem Guthaben kamen:

auf jedes der am 31. März 1898 in den Händen des Publikums befindlichen 608 888 Sparfassenbücher durchschnittlich 345,32 M. (in den Vorjahren, zurück bis 1894: 337,69, 328,97, 319,47, 312,32 M.) und auf jede Person der für den 1. April 1898 mit 1 763 104 angenommenen Berliner Bevölkerung 119,25 M. (in den Vorjahren, zurück bis 1894: 112,92, 106,11, 94,22, 89,28 M.). Im einzelnen betrug das Guthaben: 1 bis 61 M. bei 179 135 Wählern, 61—151 bei 99 440, 151—301 bei 94 018, 301—601 bei 101 742, 601—3001 bei 134 514, 3001—10 001 bei 34 und über 10 001 M. bei 5 Wählern. Merkwürdig ist, daß, wie alljährlich, so auch diesmal wieder die meisten Einzahlungen auf die ersten, die wenigsten auf die letzten Monate jedes Quartals kamen, während es bei den Rückzahlungen ungefähr umgekehrt lag. Man darf daraus wohl den Schluss ziehen, daß Leute, die auf Wochenlohn gestellt sind, an den Einzahlungen und folglich auch an dem Guthaben launig stark betheiligte sein können. Uebrigens steht in diesjährigen Bericht die Gruppierung der Einzahlungen nach der Höhe der Beträge. In früheren Jahren war aus dieser Gruppierung allemal zu ersehen, daß auf die Einzahlungen bis 21 Mark, also auf die der kleineren und kleinsten Sparer, nur ein verschwindend geringer Theil der im ganzen Jahre von der gesamten Berliner Bevölkerung zurückgelegten Summe kam, nur 5 pCt. oder wenig darüber. Es kann für diese kleinsten Sparer und vollends für die, welche überhaupt nichts sparen können, kaum ein Trost sein, daß andere Leute um so mehr sparen, und auch davon wird kein armer Teufel satt, wenn manche Leute bereits so schwere Sparbücher haben, daß bei gleichmäßiger Verteilung des gesamten Sparguthabens auf die ganze Berliner Bevölkerung pro Kopf, wie oben ersichtlich, rund 120 M. ausgezahlt werden müßten.

Mit dem Arbeitshaus als Zwangsarbeits- und Besserungsanstalt hat das gleichfalls in Rummelsburg befindliche Hospital nichts gemein; das letztere ist vielmehr eine Armen-, Alters-, Versorgungs- und Siedenanstalt und steht in dieser Hinsicht den anderen städtischen Hospitälern gleich. Es werden also nur Personen aufgenommen, welche Gegenstand der vorläufigen oder endgültigen Armenfürsorge der Stadt Berlin geworden sind und zwar diejenigen einer Anstaltspflege Bedürftigen, welche bestraft oder sittenlosig, dem Trunke u. s. w. verfallen sind oder wegen grober Ausschreitungen aus den anderen städtischen Anstalten verlegt werden müssen, schließlich diejenigen unter den Almoseneempfängern, welche sich durch ihr Verhalten, Unerblichkeit u. s. w. des Bezuges einer baaren Geldunterstützung unwürdig gemacht haben. Am 31. März 1897 waren im Hospital zu Rummelsburg 337 Männer und 86 Frauen, während des Berichtsjahres kamen in Zugang 429, in Abgang 419 Personen, am 31. März 1898 verblieben 433 Personen (336 Männer und 97 Frauen); für alle zusammen entstanden 150 660 Verpflegungstage. Von den Hospitalisten hatte die größte Hälfte bereits das 60. Lebensjahr überschritten. Die Ausgaben für die Verpflegung allein haben bei beiden Abtheilungen, Arbeitshaus und Hospital zusammen, durchschnittlich für jede Person mit Gehaltslohn täglich 30 1/2 Pf. und mit Krankenlohn täglich 67 1/2 Pf. betragen. Man muß sich unwillkürlich fragen, wie ist es möglich, daß die armen Pflegelinge sich bei einem solchen Etat satt essen können?

Wegen Gewährung der bahnpolizeilichen Beamten-Qualifikation an die Kontrolleure der elektrischen Straßenbahn sollen gegenwärtig Verhandlungen zwischen dem Ministerium des Innern, dem Polizeipräsidenten und den Direktoren der Straßenbahn-Gesellschaften schweben. Die elektrischen Straßenbahnen sind besauntlich dem Kleinbahngesetz unterstellt und den Bestimmungen desselben gemäß können die aufsichtführenden Beamten die Polizeibeamten-Qualifikation mit dem Rechte des selbständigen Vorgehens bei allen in dem Betrieb der Bahnen vorzunehmenden Vorfällen, Störungen zc. erhalten.

Die Frage, ob die Gewährung der Beamten-Qualifikation an die Straßenbahn-Kontrolleure im Interesse des Verkehrs liegt, sollte dem doch sehr eingehend erwogen werden. In der Praxis hat sich die Unterstellung der Straßenbahnen unter das Kleinbahngesetz doch im Grunde als völlig unhaltbar herausgestellt. Zahlreiche Ausfälle, denen früher die fahrpläne Kollision mit einem Pferdebahnwagen nur eine Geldstrafe eintrug, mußten nunmehr ins Gefängnis wandern, weil es zufällig ein elektrischer Wagen war, mit dem sie zusammenstießen. Wegen die Härte einer solchen Gesetzesbestimmung haben sich bisher nicht nur die Ausfahrer, sondern auch die Führerwerksbesitzer aufgebracht; und nicht mehr als billig ist es unseres Erachtens, daß man den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt und die neuen Straßenbahnwagen rechtlich als das ansieht, was sie im öffentlichen Verkehr sind, nämlich als Fuhrwerke wie alle anderen. Bei einer solchen Rechtsanschauung würde sich die Frage der Bahnpolizei-Qualität von selber erledigen.

Auch die Fahrgäste der Straßenbahn werden kaum sehr erbaunt sein, wenn der im hohen Grade unbeliebten Institution der Kontrolleure nunmehr gar eine amtliche Eigenschaft beigelegt wird.

Das Berliner Dampfstraßenbahn-Konsortium Wachtstein zc. hat dem Magistrat angezeigt, das es die ihm gehörigen gemeinsamen Vorort-Dampfbahnen samt allen aus den diesbezüglichen geschlossenen Verträgen und Konzessionen erwachsenen und erwachsenden Rechten und Pflichten, sowie die Rechte und Pflichten aus den mit der Stadtgemeinde Berlin bezüglichen der Berliner Linie abgeschlossenen Verträgen an die „Westliche Berliner Vorortbahn“ abgetreten habe. Das Konsortium bittet den Magistrat, hierzu die Genehmigung zu erteilen. Wir haben von diesem geschäftlichen Uebereinkommen schon früher Mitteilung gemacht.

Die Große Berliner Straßenbahn hat der städtischen Verkehrsdeputation einige Entwürfe für die Herstellung von Leitungen anlagen für den elektrischen Oberbetrieb auf dem Fläckerplatz, der Bellealliancedröde, in der Gitschinerstraße und in der Königsgräberstraße zur Genehmigung vorgelegt. Die Abfahrtsstelle auf dem Fläckerplatz für den Verkehr der Ersatzwagen nach Tempelhof und Nixdorf soll aufgegeben werden, dagegen die vorhandene Abfahrtsstellen-Anlage in der Königsgräberstraße am Halleschen Thor in Benutzung genommen und gleichzeitig mit Rücksicht auf die bevorstehende Einführung des elektrischen Betriebes nach Tempelhof und Nixdorf für den Oberleitungsbetrieb eingerichtet werden.

Der Stadtverordnete Justizrath Frenkel, welcher der Stadtverordneten-Versammlung seit dem 2. Dezember 1896 als Mitglied angehört, ist gestern Abend verstorben. Seine Wahlzeit läuft noch bis Ende 1903, weshalb von dem 8. Wahlbezirk der ersten Abtheilung eine Ersatzwahl vorgenommen werden muß. Herr Frenkel gehörte u. a. dem Ausschusse für Petitionen der Grundbesitzern-Deputation, der Deputation für Kunstgewerbe und dem Kuratorium für hypothekarische Beleihung von Grundstücken aus Stiftungsfonds an und war Mitglied der Fraktion Spinola.

Die neue Fahrrad-Ordnung im Geleite des preussischen Staates wurde Dienstag Abend in einer öffentlichen Radfahrer-Versammlung, die der Schutzverband für Radfahrer veranstaltet hatte, einer sehr abfälligen Kritik unterzogen. Der Vorsitzende, Lehrer Diekmann, bedauert die falsche Auffassung der Behörden, die immer noch im Fahrrad eine Art Raubtier erblicken. Die neue Verordnung lasse den überwachenden Beamten zu großen Spielraum in der Ausübung ihres Amtes, jedenfalls müßten Radfahrer selbst über die Vermehrung der Begleitenden mitentscheiden. Die Bestimmungen über das Ausweichen seien in der Praxis garnicht durchzuführen, wenn man nicht geradezu Unglücksfälle provozieren wolle. Die aufsichtführenden Beamten sollten entweder in Uniform oder sonst als solche kenntlich gemacht werden. Die Versammlung beschloß, den Vorstand zu beauftragen, gegen die Verordnung Protest einzulegen und in einer Eingabe an das Ministerium des Innern die Stellungnahme des Bundes zu begründen. Hinsichtlich der Strafsperrenungen ist man der Ansicht, daß ein Erfolg der Radfahrer mit bezug auf die Zurücknahme bezw.

Einschränkung der Verordnung nicht zu erwarten ist, nachdem der Magistrat sich schon gefügt hat.

Fachschule für Schuhmacher. Das Wintersemester beginnt am Sonntag, den 9. Oktober er., vormittags von 9—12 Uhr, im Schulhause Albrechtstraße 20 für Meister und Gesellen. Der Unterricht umfaßt Modellkonstruktion, Anatomie der Füße mit besonderer Berücksichtigung der Krüppel-Verschulung, Abgipfen von Füßen, Leder- und Waarenkunde, Waaren-Kalkulation, Buchführung zc. Das Honorar beträgt für das Wintersemester 4 M., mit Buchführung 5 M. Der Unterricht in Deutsch, Rechnen, Zeichnen, Buchführung beginnt am Montag, den 10. Oktober er., im Schulhause Niederwallstraße 67, abends von 7 1/2—9 1/2 Uhr. Meldungen werden im Schulhause entgegen genommen. Nähere Auskunft erteilt Obermeister L. Schumann, Wörtherstr. 45.

Fortbildungskurse. In dem bevorstehenden Winterhalbjahr werden in nachbenannten 4 höheren Lehranstalten für Personen, die in einem praktischen Berufe stehen, Fortbildungskurse im Deutschen, Französischen, Englischen, im kaufmännischen Rechnen und in der Buchführung gehalten werden. Die Kurse beginnen am Mittwoch, den 12. Oktober, in folgenden Lehranstalten: 1. Im Friedrichs-Gymnasium, Friedrichstr. 128. In dieser Anstalt wird auch im Zeichnen, in der Mathematik, in der Stenographie und im Maschinenschriften unterrichtet. — 2. In der ersten Realschule (höhere Bürgerschule), Alexandrinenstr. 5—6. Hier wird bei genügender Befähigung auch in der Chemie unterrichtet. — 3. In der zweiten Realschule, Weissenburgerstr. 4a. In dieser Anstalt wird bei genügender Befähigung auch im Zeichnen und in der Physik Unterricht erteilt. — Der Unterricht wird in allen vier Anstalten an den Wochentagen abends und Sonntags vormittags von 9 1/2 Uhr ab und zwar in 21 Wochen erteilt. Das halbjährliche Schulgeld beträgt für jeden zweifundigen Kursus 2 M.; für jeden vierundzigen Kursus 4 M. Meldungen sind an die Direktoren der Anstalten zu richten.

Die städtischen Fortbildungsschulen für Mädchen beginnen ihr Winter-Semester am Mittwoch, den 12. Oktober. In den nach bezeichneten 9 Fortbildungsschulen werden Kurse im Deutschen, Rechnen, Zeichnen, Buchführung, Handarbeiten, Maschinennähen, Schneidern, Wäschezuschnitten, Plätten und Gesang gehalten werden: Erste Fortbildungsschule: Georgenkr. 2; zweite Fortbildungsschule: Hochstr. 4; dritte Fortbildungsschule: Langestr. 76; vierte Fortbildungsschule: Thurmstr. 75; fünfte Fortbildungsschule: Gubenerstr. 51—52; sechste Fortbildungsschule: Culmstr. 15; siebente Fortbildungsschule: Kaunstr. 63; achte Fortbildungsschule: Danzigerstr. 23 und neunte Fortbildungsschule: Elisabethkr. 19. — In den Schulen I bis IV und VI bis IX wird außerdem noch im Französischen und Englischen, Turnen, Puhmachen, in der Stenographie und im Schreiben auf der Schreibmaschine unterrichtet. — Dieselben Fächer, mit Ausnahme des Puhmachens, werden auch an der fünften Fortbildungsschule, Gubenerstraße 51/52, gelehrt; hier treten jedoch noch folgende Unterrichtsfächer hinzu: Maschinenschnitten, Schriftzeichnen und Handelsgeographie.

Der Unterricht wird an allen neuen Schulen an den Wochenabenden und Sonntag vormittags erteilt. Die Schülerinnen haben für den gesamten Unterricht ausschließlich des Plättens und Schneiderns, monatlich 50 Pf. im voraus zu zahlen. Schülerinnen, welche auch am Plätten oder Schneidern teilnehmen, zahlen monatlich im ganzen 1 M., während diejenigen, welche am Plätten u. b. Schneidern zugleich teilnehmen 1,50 M. monatlich zu zahlen haben. — Für Französisch oder Englisch sind halbjährlich soviel Mark zu entrichten, als Stunden in den betreffenden Kursen erteilt werden. Für den Unterricht in der Stenographie, sowie im Schreiben auf der Schreibmaschine wird ein Schulgeld von je 50 Pf. monatlich erhoben. — Meldungen von Schülerinnen nehmen die Direktoren der Schulen entgegen.

Städtische Handwerker-Schulen. Die neuen Unterrichtskurse für das Winterhalbjahr beginnen in beiden Handwerker-Schulen am 8. Oktober. Für die I. Handwerker-Schule werden Anmeldungen von Schülern am 29. und 30. September und vom 3. bis 7. Oktober von 6—8 Uhr abends im Schulhause, Lindenstr. 97, entgegengenommen. Außer dem abends und Sonntags vormittags erteilten Unterricht sind an dieser Schule besondere Tagesklassen eingeführt für Mechaniker, Elektrotechniker, Tischler, Maler und für Modellieren in Thon und Wachs. — Nähere Auskunft und Programme durch Herrn Direktor O. Jessen, Lindenstr. 97/98.

Für die II. Handwerker-Schule im Osten Berlins, Stralauerplatz 24, werden Anmeldungen von Schülern an den Wochentagen vom 1. bis einschließlich 8. Oktober, abends von 6 bis 8 Uhr, im Schulhause entgegengenommen. Tagesklassen bestehen an dieser Schule für Gärtler, Kunstschmiede und verwandte kunstgewerbliche Fächer und für Maler. Auskunft und Programme durch Herrn Direktor S. Tradt, Stralauerplatz 24.

Der erste Herbstreif in diesem Jahre ist gestern Morgen gefallen. Die Temperatur im Freien betrug nur + 2° C. Gegen 7 Uhr früh lag aus den Wasserläufen und Wiesen dichter Nebel auf. Der Herbst hat also offiziell seinen Einzug gehalten und unsere Gärtner säumen nicht, Palmen und andere empfindliche Pflanzen des Südens aus den Anlagen zu entfernen und nach den Warmhäusern zu bringen, während die Obdachlosen die „Palme“ (Kisl für Obdachlose) aufsuchen.

Im dem Kampf gegen die Rabatt-Sparvereine wollen sich auch die Milchhändler beteiligen. Eine am 27. September in der Waldemarstr. 75 abgehaltene Interessentenversammlung beschloß, die „Verordnung der Rabatt-Sparvereine“ strotze durchzuführen.

Ein bestochener Minister. Große Einbruchsdiebstähle sind in der Nacht zu gestern bei dem Staatsminister Grafen Fr. zu Eulenburg in der Brücken-Allee 5 und im Archallen-Restaurant am Holsteiner Ufer 19 verübt worden. Eine Diebesbande, die schon vor acht Tagen dem Archallen-Restaurant einen Besuch abgestattet hat, aber mehr um die Gelegenheit abzupassen, als um zu fressen, hat in der vergangenen Nacht noch einmal das Wirthshaus und dann den Grafen Eulenburg heimgesucht. Die Grundstücke Holsteiner Ufer 19 und Brücken-Allee 5 grenzen beide an den Park des Schlosses Bellevue. Die Spighuben sind nun bei einem Hagarntaben an der Straße unter den Stadtbahnbögen über den eisernen Zaun in den Schloßpark eingestiegen, über einen anderen Zaun hinweg und durch ein Dachfenster in das Archallen-Restaurant eingebrochen und haben hier die Garderoben der Spezialitätenkünstler erbrochen und beraubt und aus den Vorratsräumen des Wirthes Wein, Cognac, Zigarren u. a. erbeutet. Vom Schloßpark Bellevue aus sind sie dann beim Grafen Eulenburg eingedrungen. Die Wohnung liegt im hohen Erdgeschoß und geht vom Vorderhaus durch den Seitenflügel und das Quergebäude bis nach dem Garten des Schlosses Bellevue zu durch. In diesen Garten führt der Garten des Grundstücks unmittelbar an. Die Schlafzimmern sind auf alle Gebäude vertheilt; im Vorderhause schläft ein Diener, im Seitenflügel ein Mädchen, und nach dem Garten der Graf und seine Frau. Diese waren erst vorgestern von einer längeren Reise zurückgekehrt und hatten sich frühzeitig zur Ruhe gelegt. In den Räumen nach dem Garten zu war ein Fenster die Nacht über aufgeschlossen. Der Graf hörte im Laufe der Nacht ein Rascheln, dachte sich aber weiter nichts dabei, weil er glaubte, daß es von Mäusen herriehre würde. Erst gestern Morgen, als der Einbruch entdeckt wurde, ersah er, daß es eine andere Ursache gehabt habe. Die Einbrecher haben in der Wohnung des Staatsministers an Schmuck- und Werthsachen für etwa 25 000 M. gestohlen. Sie waren so dreist, selbst in das Schlafzimmer des Grafen einzudringen und ihm vom Nachtsich einen werthvollen Siegelring zu entwenden.

Eine heftige Gaseplosion ereignete sich gestern früh 8 1/2 Uhr Friedrichstraße 239. Hier hat der Destillateur Zingraf im Parterre-

geschloß eine Destillation neu eingerichtet, die gestern eingeweiht werden sollte. In die tiefe Gasföhre stößt ein Wohnzimmer, das noch keine Einrichtung aufwies. Am Dienstag hatten Arbeiter der englischen Gasgesellschaft die im Wohnzimmer befindlichen Kronleuchter abgeschraubt und das Gasrohr durch Kork verschlossen. Jedenfalls war der Verschluss nicht dicht oder er hatte sich vollständig gelockert, denn gestern früh wurde in den darüber befindlichen Räumen leichter Gasgeruch wahrgenommen. Bei der hier vorgenommenen Abkündigung der Leitung erfolgte eine gewaltige Detonation, die sich hauptsächlich in den unteren Räumen bemerkbar machte. Nicht nur Fenster und Thür der Restaurationsräume stiegen auf den Hof, sondern bis zum vierten Stock des Seitenflügels und Luergebüdes sind Fenster durch den Luftdruck eingedrückt. Im Augenblick der Explosion flog eine starke Stachflamme durch die Fenster. Die Decke des Wohnzimmers, das übrigens verschlossen war, wurde gehoben und sang Feuer. Zwei Wände sind stark nach außen gedrückt und auch das große Schaukasten an der Straße zerstört. Das Dienstmädchen, das sich gerade in der Küche befand, sprang vor Aufregung aus dem Fenster und zog sich Verletzungen zu. Ebenso wurde die Frau des Portiers, die über den Hof ging, durch Glasplitter im Gesicht verletzt. Weitere zwei Alarmierungen der Feuerwehr vom Dienstag Abend betrafen einen Dachstuhlbrand Gr. Frankfurterstr. 38, sowie ein Schandfeuer in einer Kunstvollefabrik Schillingstr. 12.

Der Schumann Volkmann, der angeklagt war, im Tiergarten um die Mitternachtsstunde ein allein nach Hause gehendes Mädchen widerrechtlich verhaftet, durch Stellung unbilliger Anträge bedrückt und schließlich, als sein Vergehren nicht erfüllt wurde, mitten im Tiergarten allein stehen gelassen zu haben, von der schweren Anklage aber durch gerichtliche Entscheidung freigesprochen wurde, befindet sich jetzt wieder im Dienste. Nachdem das von der königlichen Polizeibehörde gegen Volkmann eingeleitete Disziplinarverfahren beendet ist und gegen das freisprechende Erkenntnis keine Berufung eingelegt wurde, ist Volkmann der vierten Polizeihauptmannschaft in der Gegend am Kottbuser Thor zugetheilt worden. Der mitverdächtige Schumann Kuchardt ist in seinem alten Revier verblieben.

Eine Glendstatistik. In den Polizeigewahrsam wurden im Jahre 1897 insgesamt 37 028 Personen eingeliefert, gegen 40 138 im Vorjahre, darunter wegen Bettelns 8890, wegen Obdachlosigkeit 8707 und wegen Verstoß gegen die Sittengesetze 15 906. Mit Korrelationshaft wurden 1226 Personen belegt, gegen 1214 im Vorjahre, davon wegen Bettelns 856, wegen Arbeitssünder beziehungsweise Obdachlosigkeit 168, wegen sonstiger Nebetretungen 204. An Zwangs- und Erziehungsanstalten wurden 1897 insgesamt 2086 Eingänge verzeichnet, 94 mehr als 1896. An strafbaren Handlungen, die zu Anzeigen führten, waren 1201 Kinder betheiligt, es wurde ein Zwangs- und Erziehungsverfahren gegen 188 Kinder und ein Antrag auf Entziehung des elterlichen Erziehungsrechts betreffs 85 Kinder gestellt. Bei 98 Kindern wurde vom Gericht Zwangs- und Erziehungsanstalt angeordnet, bei den übrigen wurde das Verfahren theils eingestellt, theils ist es noch in der Schwebe. Die Erziehungsrechte wurden Eltern in 62 Fällen aberkannt, die übrigen hatten zum theil noch der Erledigung, theils ist das Verfahren abgelehnt worden.

Das Ausströmen von Kohlenoxydgas in dem Jandorf-Warenhause vier gestern Abend vor dem Halle'schen Tore eine große Aufregung hervor. In dem neuen Wohnhause in der Belle-Alliancestraße 1 sollte gestern die Heizung zum ersten Male benützt werden. Der Maschinenraum für diese Anlage befindet sich im Keller. Es scheint nun, daß die Heizer ohne vorhergehende genügende Prüfung die Einrichtungen gleich zu stark in Anspruch genommen haben. Statt langsam anzufangen und erst allmählich weiter zu gehen, legten sie gleich ein sehr starkes Kohlenfeuer an. Die Abgase und der Schornstein verlagten diesem gegenüber, der ganze Rauch und Qualm schlug aus den Leitungen und der Feuerung zurück und überschwebte in ganz kurzer Zeit nicht nur den Maschinenraum, sondern auch die Lager- und Verkaufsräume, die im Keller liegen. Die Angestellten, die nicht rechtzeitig das Freie gewinnen konnten, mußten den Daus einathmen und einige davon erkrankten an Rauchergiftung. Ein älterer Mann und eine Anzahl Mädchen wurden in Mitleidenschaft gezogen. Der Mann, der an der Falltür leidet, bekam einen Krampfanfall und ahmete am Boden liegend am meisten ein, da der Qualm auf dem Fußboden am dichtesten lagerte. Er und einige Mädchen wurden ziemlich mitgenommen, so daß man sie mit Krankenwagen und Droschken auf die Unfallstation in der Wilhelmstraße bringen mußte. Die übrigen Mädchen erholten sich zum theil nach heftigen Erbrechen im Freien — auf dem Hof und im Garten des ehemaligen Frauenstiftes —, wohin man sie trag oder fährte, unter ärztlicher Hilfe bald so weit, daß sie ungefährdet ihre Wohnungen aufsuchen konnten. Die Heizer erkrankten nicht schwer, da sie bald ins Freie gelangen konnten. Die Feuerwehr, die auf den Ruf: „Menschen in Gefahr!“ wie bei allen Alarmierungen, die Baarenhäuser oder Theater betreffen, in großer Stärke ausrückte, fand die Räume noch stark verqualmt, schaffte aber durch Öffnen aller Fenster und Thürer leicht Abzug und konnte bald wieder abrücken. Ein starkes Polizey-Aufgebot dagegen hatte noch lange zu thun. Im Publikum war die Meinung verbreitet, daß eine schwere Explosion stattgefunden habe. Eine große Menschenmenge strömte zusammen und belagerte das Haus von 6 Uhr an Stunden lang, obwohl jede Gefahr durch die Feuerwehr beseitigt war.

Nahrungsvorsorge haben den 77-jährigen früheren Nagelschmied Karl Winkler aus der Pappel-Allee 96 in den Tod getrieben. Winkler konnte nicht mehr arbeiten und erhielt seit einem Jahre monatlich 15 M. Armenunterstützung. Seine 66 Jahre alte Frau, die früher durch Stricken noch einiges verdiente, konnte in der letzten Zeit einer Lähmung des rechten Armes wegen auch kaum noch etwas erwerben. Da auch die beiden Söhne, die verheiratet sind, mit sich zu thun haben, so sah der alte Mann der Zukunft mit der größten Sorge entgegen. Er wurde von Tag zu Tag schwermüthiger, bis er gestern Hand an sich legte. Nachdem er seine Frau mit einer kleinen Entlein hinausgeschickt hatte, erhängte er sich in der Stube.

Bei der Arbeit vom Tode ereilt wurde am Dienstag Abend der 44 Jahre alte Holzarbeiter Robert Vogt aus der Straßburgerstraße 4 zu Neu-Weißensee, der in der Holzhandlung von Küster in der Greifswalderstraße 78-80 beschäftigt war. Arbeitsgenossen fanden den Mann todt auf dem Holzplatz liegen, nachdem er nur kurze Zeit vernütht worden war. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen, der nach seinem Gutachten infolge eines Herzschlages eingetreten ist.

Ueber die Pfändung einer Kirchenfahne hatten wir in Nr. 221 nach der „Nat.-Ztg.“ berichtet. Die Vorsitzende des polnischen Frauenvereins, Rozalska Dzikowska, Langestr. 20, I., ersucht uns, bekannt zu geben, daß die Vereinskassiererin in dieser Sache keine Schuld treffe; die Pfändung sei vielmehr bei zwei ausgeschlossenen Mitgliedern vorgenommen worden, welche sich die Fahne widerrechtlich angeeignet hätten.

Zeugen gesucht. Die Damen und Herren, welche am 24. Juli, abends 7 Uhr, auf dem Leipziger Platz einem blinden Händler Geld gegeben haben, ohne Waare dafür zu nehmen, werden gebeten, ihre Adresse bei Hühnerstr. 37, abzugeben. Namentlich ergeht diese Bitte an die Personen, welche dem Blinden Geld in die Hand drückten, als er vom Schumann 1408 aufgeschrieben wurde.

Das Lehrprogramm der Volkshochschule Humboldt-Akademie für das vom 10. Oktober ab beginnende Herbstquartal enthält die Anzeigen von 86 Vortragsgängen und Unterrichtscurricula aus allen Wissensgebieten, welche in den Lehrstätten NW., W. und W. II (Architektenhaus) vor Herren und Damen gehalten werden. Zu den drei Lehrquartalen 1897/98 wurden zusammen 206 Vorträge und Kurse von 5798 Hörern und Hörerinnen aus allen Klassen besucht; in den letzten drei Jahren nahezu eine Verdoppelung. Die neuen Programme (für die Lehrstätten S., NO. und Potsdam erscheinen demnächst Sonderprogramme) werden den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Zentralvereins, sowie allen Hörern des I. und II. Quartals d. J.

gratis zugefandt. Für andere Interessenten sind dieselben zu 10 Pf. käuflich in einer Anzahl bekannter Buchhandlungen, im Invalidentand und in den Bureaus, nämlich in den Buchhandlungen B. Wehr, Unter den Linden 47, E. Gaale, Potsdamerstr. 116a, Selmar Hohne, Prinzenstr. 54, und Th. Fröhlich, Landwehrbergr. 32.

Bei der Gedächtnisfeier für Theodor Fontane, die der Verein „Berliner Presse“ am künftigen Sonntag im Festsaal des Rathhauses veranstaltet, wird der Vilharmonische Chor unter Leitung seines Dirigenten Herrn Siegfried Ohs die Gesangsvorträge ausführen, welche die Feier eröffnen und schließen werden. Die Feier beginnt pünktlich um 12 Uhr. Der Anbruch des Substituts zu dieser Gedächtnisfeier ist so ungewöhnlich stark, daß leider nur ein kleiner Theil der bisher eingelaufenen Anmeldungen berücksichtigt werden kann.

Straßenverengungen. Wegen der Asphaltierungsarbeiten in der Joachimsthaler-Strasse müssen die Wagen der Linie „Görlicher Bahnhof-Savignypfad (Zoologischer Garten)“ von morgen ab bis auf weiteres vom August-Viktoriapfad ab auf die Hardenberg- und Joachimsthaler-Strasse direkt durch die Kantstraße fahren.

Theater. Im Schiller-Theater wird das Lustspiel „Mauerblüthen“ von Damenthal und Hadelberg morgen, Freitag, zum ersten Mal in folgender Besetzung der Hauptrollen gegeben: Julius Wörmann, Julius Guden; Paul Wörmann, Otto Paulus; Edward Warberg War Lawrence; Henlette, Louise Adel; Edith, Grete Weber; Spongenbach, Leopold Thurner; Franziska, Maria Hartmann; Zwiher; Martin Bolt; Albert Patry; Doktor Lucas, Richard Bende; Krause, Carl Dahlen; Vitalie, Käthe Werner. — Nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr, wird als Soli-Vorstellung im Thalia-Theater unter Regie von Julius Ditt zum ersten Male „Die Braut von Messina“ gegeben. — Im Odeon-Theater wird nach dem Drama „Roberte Mätresse“ von Paul Sartmann gegeben. — Im Olympia-Theater beginnen vom Sonntag ab die Vorstellungen von „Mene Telu“ 7 1/2 Uhr. — In der Leitung des Apollo-Theaters ist insofern eine Aenderung eingetreten, als Direktor Blak seinen Wunsch von dem Verleger, Baummeister Heger, seiner Stellung entzogen worden ist und Direktor Waldmann fortan allein die Direction führen wird.

Feuer in der Strafanstalt Pöhlensee. Gestern, Mittwoch, nachmittags war in dem Gefängnis zu Pöhlensee, und zwar in einem Lagerraum in der Gruppe der Arbeitsunternehmer, Feuer ausgebrochen, das eine große Ausdehnung hätte annehmen können, wäre nicht sofortige Hilfe zur Hand gewesen. Auf dem von der Anstaltsleitung beim Bemerkten des Feuers gegebenen Alarm war in kürzester Frist die Feuerwehr (Zug 15) aus der Thurnstraße zur Stelle und nahm die Arbeiten auf. Sodann wurde auch noch Zug 14 zur Hilfe gerufen und war auch Herr Branddirektor Giersberg selbst mit auf die Brandstätte geeilt. Es waren also vierzüge in Thätigkeit, darunter zwei Dampfströmer. So gelang es denn, binnen verhältnismäßig kurzer Zeit einen Brand zu bewältigen, der leicht recht verheerend hätte werden können. Der betreffende Raum ist vollständig ausgebrannt, sonst aber ein weiterer Schaden verhütet worden. Bei den Aufräumungsarbeiten wurden auch Sträflinge, die sogenannten Werkstättenarbeiter, mit zur Hilfeleistung herangezogen und entfallenden dieselben ganz besonderen Fleiß.

Aus den Nachbarorten.

Orphan. Der Gastwirth G. Lindenbahn ersucht und, folgende Aufforderung bekannt zu geben: Diejenigen Vereine, welche in der Zeit vom 1. Juni bis heute bei mir Sonntags ihre Vergnügen abgehalten haben, eruche ich, mir doch gefälligst ihre Adressen zukommen zu lassen, da mir meine Liste verloren gegangen ist. Es handelt sich um die Straßverengungen, die ich in dieser Sache erhalten habe.

Kampf zwischen der Großen Berliner und der Charlottenburger Straßenbahn. Wie die „Neue Zeit“ aus Charlottenburg berichtet, bestehen gegenwärtig Streitigkeiten wegen der Mitbenutzung der Geleise zwischen der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn und der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft. Die Berliner Gesellschaft und die Dampfstraßenbahn-Gesellschaft haben sich, wie mitgetheilt wurde, vereinigt. Man beabsichtigt die Berliner Gesellschaft eine Linie durch die Tauenzienstraße nach der Kantstraße einzurichten. Hierzu benutzt sie die Geleise der Dampfstraßenbahn in der Tauenzienstraße, will dann nördlich der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in die Geleise der der hiesigen Gesellschaft gehörenden Linie Kantstraße einmünden, diese dann wieder verlassen und durch die Hardenberg- und Joachimsthalerstraße den Weg nach der Kantstraße nehmen. Hiergegen sträubt sich die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, weil darin eine zweifache Mitbenutzung ihrer Geleisestrecken liegt. In dem Vertrage ist nur eine Mitbenutzung vorgesehen. Die Charlottenburger Gesellschaft will es auf eine gerichtliche Entscheidung ankommen lassen.

Ein Hausverwalter mit 76 Grundstücken. Das Uebergewicht des großen Kapitals droht auch im südlichen Grundbesitz immer weiter um sich zu greifen und den einzelnen Hausbesitzer immer mehr zu verdrängen. So hat eine einzige Bank, die Preussische Hypotheken-Aktien-Bank nicht weniger als 76 Grundstücke allein in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Savignypfad zusammengekauft. Die Häuser bilden mit wenigen Unterbrechungen ein zusammenhängendes Ganzes. Es gehört fast die ganze Weidenstraße, der Savignypfad u. dgl., ferner Theile der Pestalozzi-, Kantstraße u. dgl. Zur Verwaltung des kleinen Staates im Staate hat die Bank einen gemeinsamen Hausverwalter eingesetzt. Derselbe bezieht neben freier Dienstwohnung ein Gehalt von nicht weniger als 16 000 M. Für die Häuser mit Hinterhäusern und vielen „kleinen“ Miethern ist je wieder ein Unterverwalter eingesetzt, während die Häuser mit wenigen großen Miethern unmittelbar von der Zentralverwaltung „restituiert“. Zur Erledigung der Buchführung ist dem Generalverwalter ein besonderer Buchhalter beigegeben. Es leuchtet ein, daß die Vereinigung so zahlreicher Grundstücke derselben Gegend in derselben Hand eine große Macht bedeutet. Die Bank, welche die Grundstücke meist billig erworben hat, sucht auch natürlich ihre Macht nach Kräften auszunützen. Die Miethen werden planmäßig von Jahr zu Jahr gesteigert und somit ist die Bank alles möglich, um die Gemeingefährlichkeit des privaten Grundbesitzes der Bevölkerung beizubehalten vor Augen zu führen.

Soziale Rechtspflege.

Schneider und Zuschneider. Eine eigenartige Erledigung fand ein jenseitiger Rechtsstreit, den der Schneider Eid gegen die Firma Hoffmann u. Windmann, Unter den Linden 12, angehängt hatte. Der Kläger verlangte von der Firma mehrere Geldbeträge, die ihm angeblich drei Zuschneider der Firma schulden. Der 62-jährige Mann, der gegen 9 Jahre für das Geschäft gearbeitet hat, behauptete vor dem Gewerbegericht in großer Erregung, die Zuschneider hätten ihn in den letzten Jahren privatim ausgenutzt. Er habe für sie und ihre Familienmitglieder allerlei Wenderungs- und Reparaturarbeiten unentgeltlich ausführen müssen und dafür höchstens mit Trinkgeldern bedacht worden. Er habe mit allem Vorlieb nehmen müssen, weil er sonst schon längst entlassen worden wäre. Als aller trübseliger Mann habe er natürlich die Stellung nicht verlieren mögen. Das Gericht hatte nun die Herren Wolschlag, Kösem und Wehner, an die der Kläger Ansprüche zu haben glaubt, vorgeladen, um womöglich einen Ausgleich herbeizuführen. Der persönlich erschienene Geschäftsinhaber billigte dem Kläger sofort 4 M. zu, die E. für eine Geschäftsarbeit forderte, und erklärte im übrigen, daß er die Forderungen des Klägers an die Zuschneider nicht kontrollieren könne und daß sie gegen ihn auch nicht geltend zu machen seien. Der Vorsitzende Lechow legte darauf die vom Kläger aufgestellte Rechnung über Reparaturarbeiten den Zuschneidern zur Aeußerung vor. Eine Forderung von 4,80 M. an Wolschlag stammt aus dem Jahre 1894. Wolschlag führte aus, er habe dem Kläger gern Reparaturarbeiten zugewandt, um ihm zu nützen und habe die Arbeiten regelmäßig bezahlt. Er entsinne sich nicht, daß er dem Kläger aus dem Jahre 1894 noch etwas schulde, sonst würde er es gern ins Reine bringen. Der Kläger

hätte die Forderung dann auch schon längst geltend machen müssen. Der Vorsitzende erklärt die Forderung für verfehlt. Von dem Herrn Kösem verlangt der Kläger aus dem Herbst 1897 und dem Frühjahr 1898 noch 18,00 M. Dieser Betrag bemerkt folgendes: Er habe dem Kläger 3 M. gegeben für einen Paletot, für den E. jetzt 12 M. verlange; der Kläger habe sich damals höflich bedankt. Die Ausführung der in der Rechnung genannten Arbeiten gebe er zu, nur meine er, daß E. sich an ihn hätte wenden und ihm in eine Rechnung vorlegen müssen und nicht der Firma. Dem hält der Kläger entgegen: „Dann hätten Sie mich schon lange rausgeschmissen.“ Kösem erklärt sich bereit, 15,00 M. an E. zu zahlen, womit der Kläger zufrieden sein will. Der dritte im Bunde, Wehner, bestreitet, daß der Kläger von ihm überhaupt noch etwas zu verlangen habe. Er habe E. stets gefragt, was er fordere und ihm das verlangte gegeben. Manchmal hätte der Kläger auch gesagt: Geben Sie, was Sie wollen. Wenn E. dann mit der Bezahlung nicht zufrieden gewesen wäre, hätte er es gleich sagen müssen. Gewerbeichter Lechow legt dem Zeugen nahe, doch wenigstens die Hälfte der verlangten 10 M. dem Kläger zu geben. Wehner weigerte sich zunächst, willigte aber schließlich auf eine Ermäßigung seines Chefs ein, 5 M. zu zahlen. Der Vorsitzende fragt Eid nach Thatfachen, die seine Angabe, er sei tyrannisiert worden, begründen könnten. Eid, der namenlos erregt ist, scheint die Frage garnicht zu verstehen; er bleibt bei seinen allgemeinen Behauptungen über Ausnutzung durch die Zuschneider und sätigt hinzu, ein Kollege sei durch ihre Quaderi in den Tod getrieben worden. — Wehner behauptet, er habe auf die Stellung des Klägers gar keinen Einfluss gehabt. Es kam ein Vergleich zu stande. Die Firma zahlte 4 M., Kösem 15,00 M. und Wehner 5 M., wogegen Eid die Klage zurücknahm.

Für Zuschneider ist eine Entscheidung der Kammer I des Gewerbegerichts von Bedeutung. Der Konfektionär Lachmann hatte mehreren Zuschneidern, die sich auf ein Insekat hin bei ihm gemeldet hatten, aufgegeben, ihr Können durch Probearbeiten zu beweisen. Der Zuschneider B. übernahm es, einen Paletot und einen Anzug zuzuschneiden. Da er nicht angestellt wurde, verlangte er den Zuschmitt bezahlt, und zwar forderte er den verhältnismäßig hohen Preis von 10 M., weil er seine eigenen Façons, die sein geistiges Eigentum seien, benützt habe. Der Beklagte verweigerte jede Entschädigung und machte vor dem Gewerbegericht geltend, es sei Sache der Stellung suchenden Zuschneider, ihre Befähigung durch Probearbeiten nachzuweisen. Der Beklagte wurde verurtheilt, an B. 1,50 M. zu zahlen. Mit seiner Rechtsforderung wurde der Kläger abgewiesen. Der Vorsitzende Schallhorn führte zur Begründung aus, die Probearbeit müsse bezahlt werden, soweit sie dem Kläger aufgetragen worden sei. Der Auftrag habe sich nun hier nur auf das eigentliche Zuschneiden erstreckt, und dafür halte das Gericht eine Bezahlung von 1,50 M. für angemessen. Wenn sich der Kläger erst habe Façons machen müssen, um jenen Auftrag auszuführen, dann sei solches seine Sache. Die Stunde Probe-Arbeit berechne das Gericht mit 1 M. Auf den vorliegenden und ähnliche Fälle sei § 873 I 11 des Allgemeinen Landrechts anzuwenden, wonach jemand, der eine Handlung übernommen und wirklich geleistet hat, auch ohne ausdrückliche Abmachung einen angemessenen Preis für seine Thätigkeit dann fordern könne, wenn diese Handlung zu seinen Berufs-geschäften gehörte.

Gewerbliche Zeitung.

Ein umfangreicher Meineidprozess beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Der Arbeiter Richard Wiese war beschuldigt, in einer und derselben Sache dreimal einen Meineid geleistet zu haben und der Schankwirth Wilhelm Ziebell sollte ihn dazu angestiftet haben. Ziebell war Inhaber einer Schankwirtschaft in der Pappel-Allee. Am 25. April v. J. feierte einer seiner Stammgäste bei ihm seinen Geburtstag. Es wurde dem Schnaps und Bier überreichlich zugeproben. Als die Festgenossen das Lokal verließen, verursachte einer von ihnen auf der Straße einen solchen Lärm, daß ein Schumann ihn zur Wache brachte. Circa fünf bis sechs Personen, darunter der Wirth Ziebell, folgten dem Transport und stellten sich vor dem Polizeibureau in der Stargarderstraße auf. Der Schumann Scholz kam heraus und wies die Leute fort. Ziebell wollte dieser Aufforderung nicht Folge leisten, worauf ihm ein Strafbefehl in Höhe von 4 M. zugestellt wurde. Gegen diesen Strafbefehl beantragte Ziebell richterliche Entscheidung. Im Termin vor dem Schöffengericht erhob er den Einwand, daß der Schumann Scholz ihm ohne weiteres einen so heftigen Stoß gegen die Brust versetzt habe, daß er vom Bürgersteig herab bis auf den Straßendamme getaumelt sei. Der Schumann Scholz bestritt dies entschieden, Ziebell berief sich aber auf das Zeugniß des Arbeiters Wiese, der Zeuge gewesen sei. Wiese gab auch im Sinne des damaligen Angeklagten seine Aussage ab und beschwor dieselbe. Der Einpruch Ziebell's wurde trotz dessen Verwerfen, er legte Berufung ein, wobei Wiese noch in zwei späteren Terminen seine frühere Aussage beschwor. Später machte ein Gast, der von Ziebell hinausgeworfen war, die Anzeige, daß dieser den Wiese zum Meineide angestiftet habe, dieser sei in der fraglichen Nacht sofort nach der Sistierung des Lärmaders nach Hause gegangen und bei dem angeblichen Vorfall vor dem Polizeibureau gar nicht zugegen gewesen. Als Wiese verhört wurde, legte er das Geständnis ab, welches er im gestrigen Termine wiederholte. Er sei am Abend nach der Geburtstagsfeier wieder nach dem Schanklokal gekommen. Ziebell habe ihm erzählt, was in der verfloffenen Nacht vorgekommen sei. Dann habe Ziebell mit Nachdruck zu ihm gesagt: „Du hast es gesehen, und wenn Du es beschwörst, muß der Schumann den Hof anschieben.“ Wiese habe darauf gesagt, daß er es beschwören wolle. Am Tage des Termins habe er Ziebell abgeholt, der zunächst Schnaps und Bier zum besten gegeben habe. Dann seien sie zusammen nach Wobbit gefahren. Unterwegs habe Wiese ihm wiederholt eingeprägt: „Du sagst so aus, wie ich Dir gesagt habe!“ Auch bei den späteren Terminen habe Ziebell auf ihn eingewirkt. Ziebell müsse gewußt haben, daß er gar nicht mit nach dem Polizeibureau gegangen war. Der Angeklagte Ziebell bestritt dies. Er habe nicht wissen können, daß Wiese nicht unter denjenigen stand, welche vor dem Polizeibureau auf das Wiedererscheinen des Sistirten harrten, vielmehr das Gegenteil angenommen, da Wiese wiederholt die Ereignisse so besprochen habe, als sei er Augenzeuge gewesen. Im übrigen bleibe er bei der Behauptung, daß der Schumann Scholz ihm einen Stoß gegen die Brust versetzt habe. Zu Gunsten des Angeklagten Ziebell traten Zeugen auf, daß Wiese sich wiederholt dahin geäußert habe, er habe genau gesehen, daß der Schumann den Ziebell gestochen habe. Ferner hatten andere Zeugen gehört, daß Ziebell dem Wiese wiederholt eingeprägt hatte, im Termine nur die reine Wahrheit zu sagen.

Der Staatsanwalt hielt beide Angeeschuldigten im Sinne der Anklage für überführt, während die Verteidiger nachzuweisen suchten, daß Ziebell der Anstiftung nicht schuldig sei. Wiese dagegen die Eide nur aus Fahrlässigkeit falsch geschworen habe. Es konnte häufig vor, daß Leute von geringem Bildungsgrade das Geförte als Selbstgelehenes auffassen.

Nach dem Wahrspruch der Geschworenen sprach der Gerichtshof den Angeklagten Ziebell frei und verurtheilte den Angeklagten Wiese zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Zur Hauptverhandlung gegen den Oberfaktor Grünmühl ist Termin zum 21. Oktober vor dem Schwurgericht des Landgerichts I anberaumt worden. Den Vorst wird Landgerichts-Direktor Felisch führen.

Die Mähren eines alten gewählten Verbrechers hat der 13-jährige Schüler Otto Schwarz angenommen, der gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Knirps, der noch nicht über die Barriere des Anlagerraus hinwegsehen konnte, hat eine geradezu erstaunliche Vielfeitigkeit des verbrecherischen Willens zum Ausdruck gebracht, denn er wurde als Straßenträuber, Einbrecher und Brandstifter zur Verantwortung gezogen. Der Junge ist eines Tages seiner Mutter dabongelaufen und hat den Vorfall ausgesprochen, einmal eine zeitlang Diebstähle anzuführen. Diesen Vorfall hat er mit aller ihm innewohnenden Kraft durchgeführt.

Wie viele Diebstahle hat er geübte Verbrechen auf dem Kirchhof... hat, weiß dieser selbst nicht. Dagegen gab er die ihm in der Anklage zur Last gelegten ohne weiteres zu. In mehreren Fällen hat er kleine Knaben und Mädchen, die von ihren Müttern zum Einholen ausgehört waren, auf der Straße angefallen und ihnen das Geld gewaltsam aus der Hand gerissen. In zahlreichen anderen Fällen hat er Frühstücksbrot, die des Morgens von den Wärdern an die Knabenhütten gehängt waren, gestohlen. Mit besonderer Verwegenheit hat er alsdann einen schweren Diebstahl verübt; er schlich sich mit einem Dietrich bewaffnet, in einen Laden, in der Küche die Ladenkasse zu erbrechen; er verbarg sich in einem Fach des Ladentisches und hatte die Absicht, dort auszuharren, bis der Laden erschlossen werden und die Inhaberin sich entfernen würde. In diesem Falle wurde man die Anwesenheit des winzigen kleinen Verbrechers gewahr und er wurde festgenommen, ehe er seinen Dietrich erproben konnte. Während der Untersuchung seiner Straftaten wurde dann noch festgestellt, daß er auch ein Feuer angelegt hat, welches im Jahre 1897 auf dem Boden eines Hauses in der Hofstraße ausgebrochen war. Er suchte, daß auf dem Boden dieses Hauses, in welchem seine Mutter wohnte, hinter einem Laternenbrennstoffkasten ein Posten Segras lagerte. Einmal schüttete er die Segras aus der Petroleumlampe seiner Mutter ein Quantum in eine Medizinflasche, schlich sich auf den Boden, befeuchtete das Segras mit Petroleum und steckte es dann an. Dann lief er auf den Hof und machte die dort spielenden Kinder darauf aufmerksam, daß es oben brenne. Das Feuer ist bald gelöscht worden. Als die Polizei nach dem Löscher des Brandes Ermittlungen anstellte, erklärte er mit der treuerzigsten Miene von der Welt, daß er zwei Jungen gesehen habe, die in verdächtigter Weise die Treppe herabgekommen seien und sich schleunigst entfernt haben. Der Angeklagte, der vor Gericht seine übrigen Straftaten ohne jede Spur von Reue zugab, räumte nun auch ein, der Brandstifter gewesen zu sein. Er habe nur einmal ein Feuerwerk machen und sehen wollen, wie es brennt. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der gewiß nicht einwandfreien Ansicht, daß nur eine längere erste Furcht im Gefängnis im Stande sei, bessernd auf ein so verdorrenes jugendliches Gemüth einzuwirken. Der Angeklagte wurde deshalb zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Wäre die Unterbringung in eine Erziehungsanstalt nicht dienlicher gewesen, als der Aufenthalt in einem Gefängnis, das wohl nur selten ein junger Zügelichts im gebesserten Zustande verlassen hat?

Verbot von Instrumentalkonzerten in einem Gartenlokal.
Dem Gastwirt S. in Steintal wurde vom Polizeipräsidenten unterfertigt, in seinem Gartenlokal, das in der Stadt zwischen Häusern liegt, Instrumentalkonzerte stattfinden zu lassen. Zur Begründung machte der Polizeipräsident geltend, die Konzerte belästigten die Umwohner und seien geeignet, ihre Gesundheit zu schädigen. Er erhob die Klage und hob hervor, daß dies Verbot eine Beschränkung der Gewerbefreiheit darstelle. Der Bezirksauschuss wies aber die Klage ab und führte begründend aus, daß es sich hier nicht um die Zulassung eines Gewerbes, sondern nur um die Art seiner Ausübung handle. Auf diese fände aber § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts Anwendung, der das Publikum in den Genuss der Polizei stelle. Das Verbot sei im Interesse der Umwohner des Lokals geboten gewesen. Das Oberverwaltungsgericht setzte indessen die Verbotsverfügung außer Kraft und führte aus, es sei unzulässig, schlechthin jedes Instrumentalkonzert zu verbieten; denn es könne nicht angenommen werden, daß jedes Instrumentalkonzert gesundheitschädlich sei.

Todesanzeige.
Seine Nacht verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege
Julius Lissauer.
Seit Jahren im Vordergrunde unserer Bewegung stehend, war der Verstorbene stets da an erster Stelle, wo es galt, wachsam für die Interessen der Gewerkschaft einzutreten.
Wir verlieren in ihm einen selbstlosen treuen Kollegen, der sich dauernde Unterstützung in unser aller Dingen gesichert hat.
1306b
Der Vertrauensmann
der Berliner Handlungsgesellen
und Gehilfen
Albert Kohn.

Zentral-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. s. w.
Oertliche Verwaltung Berlin H.
Todes-Anzeige.
Am 26. d. M. verschied nach langem Leiden das Mitglied unserer Kasse, der Blagarenhändler
Karl Wienke
im Alter von 36 Jahren.
Seine letzten Wünsche.
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus, statt.
Um rege Theilnahme ersucht
Die Kreisverwaltung.
Danksagung.
Allen Freunden, Gönnern, Bekannten und den Arbeitern der Beschäftigten des Fabrikanten für die rege Theilnahme an meinem lieben Mannes Begräbnis, sage ich meinen besten Dank.
1285b
Die trauernden Hinterbliebenen.
Hr. Aug. Volmer nebst Kindern.
Wir sagen hiermit allen Bekannten und Verwandten, Kollegen und Genossen meines lieben Mannes und meines lieben Vaters
Franz Sengpiel
unsern herzlichsten Dank für die Beerdigung und Kranzspende bei der Beerdigung.
1303b
Frau Sengpiel und Kinder.
Die Beerdigung, welche ich Herrn Wendland und seiner Tochter zugelegt, nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann.
Hr. Sporlein, Al. Markstraße 23.

„Hülfe“
für jedermann in Krankheitsfällen durch unsere Selbstunterstützung für äußerst billige Monatsbeiträge erhält man bei der Krankenkasse „Hülfe“, Berlin SO., Zettlauerstr. 82. I., am Schiffschen Thor.
Agenten allerorts gesucht. 6320

Möbel
verkauft gewöhnlich und neue, hässlich billig. Theilzahlung gestattet. Neuentwurf ohne Anzahlung. 5896*
Neue Königstraße 59.

Schmiedewerkzeug,
volle Konzeption, mehrere Maßstäbe, wegen Übernahme eines anderen Geschäfts billig zu verkaufen. Näheres Gobrechtstr. 9, Nizdorf. 1277b

Wegen Schulverweigerung seiner beiden Kinder erhielt der Landwirt Grießer in Ostpreußen ein Strafmandat. Die Kinder hatten etwa 10 Tage lang die Schule nicht besucht. Grießer beantragte richterliche Entscheidung und behauptete, er habe die Kinder nicht in die Schule gehen lassen, weil sich die fraglichen Tage durch große Kälte und Unwetter ausgezeichnet hätten. Die Schule sei 6 Kilometer von seiner Wohnung entfernt und die Kinder hätten wegen der damit verbundenen Gesundheitsgefahr diesen weiten Weg bei dem schlechten Wetter nicht zurücklegen sollen. Schöffengericht und Landgericht hielten aber die im Strafmandat ausgesprochene Geldstrafe aufrecht. Die Strafkammer erkannte zwar an, daß der Angeklagte mit seinen tatsächlichen Angaben recht habe; sie erklärte jedoch für ausschlaggebend, daß die in Frage kommende Polizeiverordnung über Schulverweigerung keine strafrechtlichen Ausnahmen anführe. Das Kammergericht in dessen hob die Vorentscheidung auf und sprach G. mit der Begründung frei, es sei maßgebend daß ihn kein Verschulden treffe.

Versammlungen.

Im letzten Berliner Reichstags-Wahlkreis tagten am Dienstag zwei Wahlvereins-Versammlungen. In der Versammlung bei Bernau, Schwedterstraße, sprach G. E. Klyler in einem höchst interessanten Vortrag über „die Bedeutung Leo Tolstoj's“. Eine Diskussion über das sehr beifällig aufgenommene Referat fand nicht statt. In Vereinsangelegenheiten macht der Vorsitzende auf die im Oktober stattfindende Generalversammlung aufmerksam und bittet die Wahlvereinsmitglieder, eventuelle Anträge hierzu recht frühzeitig einzubringen.

In der Versammlung für den Moabitler Bezirk in der Kirchstraße referierte Dr. A. Vernstein über „die Handelsverträge“. Redner erläuterte in übersichtlicher und allgemein verständlicher Weise den Gegensatz zwischen Schutzoll und Freihandel und deren Einfluß auf das wirtschaftliche und politische Gedeihen der beteiligten Länder und das davon abhängige Wohlbefinden der arbeitenden Klassen, im Verlaufe der letzten Jahrzehnte. Die Tarif- und Handelsverträge Deutschlands und der übrigen Länder müssen darauf gerichtet sein, die Ausfuhr der deutschen Fabrikate im Verhältnis zur Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen für Deutschland in möglichst günstiger Weise zu sichern. Bei der Stärke und dem politischen Einfluß unserer Partei, haben wir die Frage zu entscheiden, ob wir für Schutzoll oder Freihandel zu gunsten der Arbeiter eintreten müssen, um eine gesteigerte Lebenshaltung der Arbeitermassen zu sichern und gleichzeitig die Konkurrenz mit dem Auslande auf dem Weltmarkt aushalten zu können. An die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten knüpfte sich eine kurze und lebhaft diskutierte, in der von allen Rednern der Wunsch ausgesprochen wurde, daß es Pflicht der Arbeiter sein müsse, sich möglichst mit wirtschaftlichen und handelspolitischen Fragen zu befassen, um das erforderliche Verständnis dafür zu fördern und für die Arbeiterbewegung zu verwirklichen. Nur dadurch werde es möglich sein, die Stellungnahme unserer Partei zur allgemeinen Handelspolitik zu erleichtern und die nötigen Erfolge zu erringen. Da unter Vereinsangelegenheiten nichts vorlag, wurde die Versammlung mit dem Wunsch des Vorsitzenden: für Gewinnung neuer Mitglieder und zahlreicher Erscheinungen in den nächsten Versammlungen zu agitieren, geschlossen.

Die Vergolder hielten am 26. September eine gut besuchte Versammlung ab, in der Th. Rejner über: Arbeiterschutz und

Arbeitertrag referierte. Geschlossen wurde, da die Fabrikanten und Kleinmeister den Verfallern bis 24. d. M. keine Zugeständnisse gemacht haben, am 27. d. M. in den Ausstand zu treten. Die Unterstufungen treten mit dem ersten Streiktag in Kraft, sonst aber wird das Streikreglement genau umgekehrt. Anfragen, Briefe u. s. sind an die Kommission zu Händen E. Lange, Zeughoftstr. 22, zu richten.

Brig. Hier tagte am 27. September eine Versammlung, die gegen die Beschränkung des Koalitionsrechts durch Annahme der Berliner Resolution erzwungen protestierte. Das Referat hatte Kob. Schmidt übernommen, der eingehend darlegte, welche Gefahr der Gewerkschaftsbewegung daraus erwachse, wenn das Koalitionsrecht noch weiteren Beschränkungen ausgesetzt wird, als es heute schon geschieht.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher.
Heute Abend 10 1/2 Uhr bei Sauer, Potentillstr. 57: Sitzung.
Verein für Körper- und Naturheilkunde. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Lindenstr. 106: Vortrag des praktischen Naturheilkundigen Grundmann.
Berliner Schachverein. Heute Abend 8 1/2 Uhr: Kommandantenstr. 30 Gäste willkommen. Unterricht wird erteilt.
Bund der Deutschen Bodenreformer. Öffentliche Versammlung am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im „Schultheiß“, Friedrich- und Behrenstraßen-Gee.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dießl Verlag) in solchen das 1. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Nacht des Salaten. — Der Stuttgarter Parteilich von August Bebel. — Von Paris nach Bern. Ein Reisebericht von Friedrich Engels. — Der Ursprung der abstrakten Ideen von Paul Volz. — Die Rechtsstellung der Arbeiterkoalitionen im Deutschen Reich von Simon Kayserlein. — Literarische Rundschau — Heftigkeiten: Eine Unglücksfälle. Erzählt aus dem russischen Leben von Olga Kobylanska.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt.
Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt.
Grüßen. Derartige Mitteilungen werden laut Beschluß der Pressekommision fortan nicht mehr im redaktionellen Theil aufgenommen.
J. B. M. Von hier aus kann Ihnen leider damit nicht gedient werden.

Witterungsüberblick vom 28. September 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Swinemünde	760	SE	3	heiter	8	Haparanda	753	R	4	bedeckt	7
Hamburg	757	NO	4	bedeckt	8	Petersburg	755	R	3	bedeckt	7
Berlin	759	NO	3	wolkig	7	Wars	763	R	3	heiter	11
Wiesbaden	757	SE	1	Regen	11	Aberdeen	750	SE	3	bedeckt	11
München	758	SE	1	bedeckt	10	Paris	761	NO	3	wolkig	11
Wien	769	SE	2	bedeckt	12						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 29. September 1898.
Zunächst wärmer, zeitweise heiter, vielfach wolfig mit leichten Regengüssen und schwachen südwestlichen Winden; nachher etwas kühler.
Berliner Wetterbureau.

5. Wahlkreis.
Donnerstag, den 29. September 1898, abends 8 1/2 Uhr,
im „Schützenhaus“, Lindenstrasse 5:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung vom 13. September. 1. Berichterstattung über die Brandenburger Konferenz. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Mitgliedes zur Agitations-Kommission. 4. Abrechnung von der Reichstagswahl.
Die Vertrauensleute.

Arbeiter-Bildungs-Schule

„Luisenhof“, Buckowerstr. 9, II.
Lehrplan für das IV. Quartal 1898.

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichts-Abend
Rede-Uebung.	Referate und Diskussion über Thematn aus dem wirtschaftlichen, sozialen und gewerkschaftlichen Leben.	Schriftsteller Richard Calwer	Montag
Geschichte.	Drei Jahrhunderte wirtschaftlicher, sozialer und politischer Kämpfe.	Schriftsteller P. Kampfmeyer.	Dienstag.
Gesetzeskunde.	Gewerbe-Ordnung. Gesetz über die Gewerbeverträge. Der Arbeitsvertrag, insbesondere auch im Bürgerlichen Gesetzbuch. Strafrecht, unter Berücksichtigung der strafrechtlichen Nebengesetze, insbesondere des § 153 der Gewerbe-Ordnung. Strafvollzug. Strafprozess. Bürgerl. Recht. Stellung der Handlungsgesellen im neuen Handelsgesetzbuch.	Rechtsanwalt Dr. Hugo Heine-mann.	Donners-tag.
National-Oeko-nomie.	Grundzüge der Wirtschafts- und Finanzpolitik, Gewerbe-Ordnung, Handelspolitik, Steuerfragen.	Schriftsteller Max Schippel.	Freitag

Der Unterricht beginnt in **Rede-Uebung** Montag, den 10. Oktober; **Geschichte** Dienstag, den 11. Oktober; **Gesetzeskunde** Donnerstag, den 13. Oktober; **National-Oekonomie** Freitag, den 14. Oktober. — Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist **spätestens** am zweiten Abend zu zahlen.
Der erste Abend jedes Kurses steht Jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.
Ausserdem finden in kurzen Zwischenräumen Sonntags-Versammlungen statt.
Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt — am besten bei Beginn jedes Kurses — im Schullokal **Buckowerstrasse 9** und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstr. 40a; **Reul**, Barnimstr. 42; **Schiller**, Rosenthalerstrasse 57; **Gleinert**, Müllerstr. 7a.
Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hugo Warschawski**, Berlin C., Steinstr. 11, Geldsendungen an den Kassirer **H. Königs**, Berlin S. 59, Dieffenbachstr. 30, zu senden.
5/7
Der Vorstand.

sämtliche Gastwirths-Artikel
Billard-Bälle Ferd. Diedrich, Dredenerstr. 109.
Möbel, neue und gebr. bill. **Müller**, Höchstefraße Nr. 22.

Freie Volksbühne.
Sonntag, den 8. Oktober, „Brauerel Friedrichshain“:
Herbstfest.
Anfang 8 Uhr. **Grosses Instrumental-Konzert**, ausgef. v. Neuen Berliner Sinfonie-Orchester. Leitung: Kapellmeister v. Blon. Mitwirkende: Orgel: Herr Kurz. Cello: Herr Knöpke.
Gesang (Berliner Doppelquartett Harmonie).
Aus dem Programm heben wir hervor:
L. v. Beethoven: Ouverture zur Oper „Fidelio“.
R. Wagner: Fantasie a. d. Oper „Lohengrin“.
Mendelssohn: Ouverture zu „Ein Sommernachtstraum“.
R. Volkmann: Serenade für Orchester mit Cello-Solo.
Gounod: Fantasie a. d. Oper „Faust“.
Littol: Ouverture „Robespierre“.
Bach-Gounod: Präludium (mit Orgel).
Entrée 50 Pf., nur für Mitglieder.
Garderobe 15 Pf. Tanz frei!
Da nur eine beschränkte Anzahl Festmarken in den Zahlstellen an die Mitglieder ausgegeben werden können, liegt es im Interesse aller, die Marken sobald als möglich zu lösen. Während des Konzerts ist das Rauchen nicht gestattet und sind die Buffets und Saalthüren geschlossen.
Sonntag, d. 2. Oktober: Lessing-Theater (5. Abtheilung) „Galotto“;
Sonntag, d. 2. Oktober: Friedrich Wilhelmstadt Theater (1. Abtheilung) „Des Meeres und der Liebe Wellen“;
Nachmittags 2 1/2 Uhr.
Die ersten vier Abtheilungen sind geschlossen.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, 2. Oktober, abends 7 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, 1 Tr.:
Vortrag des Schriftstellers **Richard Calwer**
über: „**Lebensgenuss und Genussleben**“.
Nach dem Vortrag: **Gemüthl. Beisammenseln und Tanz.**
Eintritt 10 Pf. — Garderobe 10 Pf. — Mitglieder werden aufgenommen. — Zu zahlreichem Besuch ladet Mitglieder und Gäste herzlich ein [5/6] Der Vorstand.
Donnerstag, 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Luisenhof“, Buckowerstr. 9, Ecke Dresdenerstrasse, 2 Tr.:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Wahl zweier Revisoren und einer Kommission zur Vorbereitung des Stiftungsfestes. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt. Beiträge werden entgegengenommen. Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Tischner! Kofferarbeiter! Sattler!
Freitag, den 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr:
Öffentl. Versammlung
bei Brochnow, Sebastianstrasse 39.
Tages-Ordnung:
1. Der Streit bei **Fischer & Richter** und der Reformtag.
Referent: Kollege Bruno Först. 1304b
2. Diskussion. 3. Berichtendes.
Kollegen, bemerkt durch Quer Erscheinen, daß für mit den Streikenden sympathisirt; die Firma Fischer & Richter, sowie die Fabrikantenvereinigung sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Die Lohnkommission.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131.
Koulanie H. & M. Lewent. ohne Anzahl.

Altes Schützenhaus,
Lindenstrasse 5,
empfeht seine „neuen“ Säle.
Wedding-Park
Müllerstrasse 178.
Sonntags und in den Abenden im Oktober und November, sowie der 1. Weihnachtstages frei geworden. *
J. Wernau's Festsäle
Schwedterstr. 23-24.
Einige Sonntage im November und Dezember an Vereine unter 500 Personen Bedingungen zu vergeben. 6130b*
Fernsprecher Amt III. Nr. 2440.

Flora-Säle
1000 Pers. Fass. Elektr. Beleuchtung.
Bestir: Bornh. Nief, Wobornstr. 17.
Sonntags und in den Abenden gratis zu vergeben. *

Brochnow's Fest-Säle
Sebastianstr. 39.
Zwei geworden sind folgende Sonntags: 15. und 22. Oktober, 19. und 26. November. 1288b
Reparatur, gutgehend, über 20 J. tägliche Durchschnittsleistung, Preise 900 M., für wegen Verzug nach außerhalb sofort billig zu verk. ob. zu verpachten Anzahlung gering. 1291b
Kaiser, Rudolfs, Friedrichstr. 39.

Fahrrad,
gut erhalten, für 75 M. zu verkaufen
Wohlf. 25 beim Richter. 1298b
bau u. Theilzahlung,
billigste Franz-
furter Allee 110 I,
Fdr. Köhlerstr.

Möbel, Spiegel, Polster
wichtig für Brautleute!
wegen Erparnis der Bodenmiete bedeutend billiger. Gg. Westheide i. Hausf. Tischlermeister,
Bukow, Invaliden-Strasse 13.

Wo kaufen Sie
Ihre Zigaretten? Bei 6055b
Binnböse, Schillingstr. 30.
Betten, Strohbetten, Gardinen, Tischdecken, Porzellan, Regulateure, Remonteur, Uhren, Uhrgehäuse, Polster, Pfeifen, Spielzeug, Spielzeug, Spielzeug
Hirschfleisch 30, 40, 50, 60, 70 u. 80. Gafen, sauber gepickelt.
Oderbrucher Gänse 50 u. 55.
Gänsefleisch plumbeise, Enten, Gänse, Tauben billig.
A. Ritschl, Dredenerstr. Nr. 61.
Wild- u. Geflügelhandlung

